

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 59/60, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.50. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. Auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Freitag, den 29. September 1905.

12. Jahrg.

Bitte eine Beilage.

## Die Reichsduma und der „Bund“.

Der Allgemeine Russische Arbeiterbund in Sibirien, Polen und Rußland (der „Bund“) schreibt uns:

Als es festgestellt war, daß das Wahlgesetz Projekt von der Petersburger Regierung als Grundlage ihrer großen „Reformen“ angenommen wurde, beschloß das Präsidium des Bundes, eine rasige Agitation gegen diese Proklamirung einer Volksvertretung mit aller Energie zu entfalten. Das Präsidium wählte sich an alle lokalen Delegirten des Bundes mit der Aufforderung, Protestversammlungen, Meetings und nach Möglichkeit auch Straßendemonstrationen gegen diese Polizeigesetze zu veranstalten. Was die prinzipielle Stellungnahme des Bundes zu dieser „Konstitution“ und speziell bezug auf die Anteilnahme an den Wahlen betrifft, so fand sie ihren Ausdruck in der letzten Proklamirung des Präsidiums („Reichsduma oder Konstitutionen bei der Versammlung?“), die Mitte August, also einige Tage vor der offiziellen Veröffentlichung der russischen Konstitution, in 86 000 Exemplaren, in drei Sprachen von der russischen Geheimschrift hergestelltes, verbreitet wurde. Nachdem der wacklernde Charakter des Wahlgesetzes Projekt klar aus dem Vordringlichen geworden ist, läßt die Proklamirung fort:

„Das ist Wahlgesetz Konstitution, — eine bessere konnte Nikolaus nicht geben! Dieses Projekt — mit vielleicht einiger unbedeutenden Veränderungen — ist der Gipfelpunkt der Reformen, auf welchen die Selbstherrschende sich zu erheben fähig ist. Wollte Freiheit kann sich nur das Volk selbst durch die Revolution erobern. . . Eine demokratische Volksregierung kann nur durch eine konstituierende Versammlung eingeführt werden und diese letztere muß durch das Volk auf Grundlage eines allgemeinen, gültigen Wahlen und geheimen Stimmrechts gewählt werden.“

Und welche Verbesserungen dem Wahlgesetz Projekt auch zuteilkommen würden, — ein allgemeines Wahlrecht wird dort der Duma nicht gegeben werden! Man müßte sich annehmen, daß die Selbstherrschende entschlossen ist, sich selbst ein Ende zu machen. . . Dage das allgemeine Wahlrecht wird die Duma niemals Vorleser des Volkes, ohne Bestimmungsrecht wird sie nie regierungsfähig sein — sie wird nichts als eine Komödie sein, die niemand im Lande befehlen wird. Das Proletariat wird mit Bruch der Weisheit zurückweisen, der ihm anstatt Brot gegeben wird. . .

Genossen! Proletariat, wo und wie Ihr nur könnt, gegen Wahlgesetz Konstitution, zeigt der Regierung, zeigt der Gesellschaft, daß Ihr nur einen Weg, Eure Freiheit zu erlangen, kennt. — den der Revolution; daß nur eine politische Debatte Euch zufrieden stellen kann, die einer demokratischen Republik. Und wenn Wahlgesetz Projekt Gesetz werden sollte, boykottiert es!

Stört die Wahlen, löst die Versammlungen nicht zuhause kommen, wendet Euch mit Bruch von allen Volksvertretern ab, die diese niederträchtige Komödie spielen helfen, von allen, die für einen Lapp Dingen die Freiheit ihres Volkes verkaufen werden. Bruchung soll allen denjenigen begegnen, die an den Wahlen teil nehmen und dadurch der Regierung helfen werden, neue Ketten für das Volk zu schmieden. . . Auf die Straßen mit Euren Forderungen! Rufe der Horn des Volkes sich in eine Revolution erheben! Mit bewaffneter Hand fordert die Auflösung dieser Duma und Klärung einer konstituierenden Versammlung! Nur eine konstituierende Versammlung kann zu einer demokratischen Republik führen und nur eine demokratische Republik wird dem Proletariat die Möglichkeit geben, sich zur sozialen Revolution vorzubereiten.

Wäge das Proletariat sein wichtiges Voto durch das ganze Land erschallen lassen: wir erlauben nicht! Wäge ein Stimm des Volkzornes der Reichsduma begegnen. Wäge dieser Horn bis auf den Grund das morsche Gebäude der Wahlgesetz Konstitution zertrümmern! Und wäge schneller die Revolution für das neue Gebäude des Volkes Platz machen — für den heiligen Tempel der Freiheit des Volkes! . . .

Welche eine Karrikatur der Volksvertretung diese Reichsduma darstellen wird, erweisen am besten die unten folgenden Zahlen der Wahlberechtigten. Hierbei muß vor allem noch hervorgehoben werden, daß die Herren „Vertreter“ nur ein veraltetes Stimmrecht haben werden, daß sie zu jeder Zeit verhaftet werden können, daß ferner dem Lande keine Press- und Versammlungsfreiheit gewährt wird und daher selbstverständlich keine Wahlagitatio geführt werden kann.

Die Zahlen sind folgende:  
in Petersburg — 1 500 000 Einwohner — 9000 Wahlberechtigten  
(bei allgemeinem Wahlrecht — 350 000),

in Moskau — über 1 Million Einwohner — 11 000 bis 12 000 Wahlberechtigten  
(bei allgemeinem Wahlrecht — 250 000),

in Odesa — 500 000 Einwohner — 7000 Wahlberechtigten,  
in Wilna — 175 000 Einwohner — 2000 Wahlberechtigten,  
in Kasan — etwa so groß wie Wilna, Unversität — 1400 Wahlberechtigten,

Wozu mit 50 000 Einwohnern hat einen Vertreter genau wie Odesa mit 500 000 Einwohnern — um in der Duma das Ubergewicht der russischen Elemente gegen die sogenannten „fremden“ Nationalitäten zu verschaffen. —

In den folgenden Städten des Rayons des Bundes haben bis jetzt Protestkundgebungen gegen Wahlgesetz Reform stattgefunden:

Warschau. Eine Demonstration von 10 000 jüdischen Arbeitern, ein Generalstreik als politische Protestkundgebung. 20. u. 21. August Generalstreik.

Winniz. Mehrere Protestversammlungen, auf welchen entsprechende Resolutionen gefaßt wurden; an den Versammlungen haben über 3000 Menschen teilgenommen; 4 Protestmarchen in den Synagogen.

Berdislaw. Eine glänzende Protestkundgebung. In der Synagoge eine vom lokalen Komitee des Bundes geleitete Volksversammlung von 7000 Menschen. Die ganze Polizei und ein Dragoner-Regiment umzingelten die Synagoge. Es fanden mehrere Zusammenstöße statt; die Polizei wollte das Volk in die Straße drängen, als aber dem Polizeichef gemeldet wurde, daß die Menge nicht auseinander gehen würde und dann ein Blutvergießen unvermeidlich sei, gab er nach, blieb aber mit der Polizei und den Soldaten auf der Straße, um eine Straßendemonstration zu verhindern. Die Stimmung war eine unerschütterlich erhaben. Eine scharfe Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Pinak. Eine Protestversammlung von 1200 Personen.

Hornel. Ein Meeting in der Synagoge, 4000 Personen anwesend. Die Polizei wagte nicht zu föhren. Zwei Resolutionen wurden angenommen. Eine betraf die Reichsduma und eine zweite betraf die Auspeitschung von vier Bauern im Dorfe Djalomitschi (diese Skandale hat sich der Götze des Hommel beiläufigen Genes Baron Klingenberg — des Organistors des Hommel Massaker — gegen einen ausbrüchlichen Ullas des Barons vom 11. 24. 8. 1904 über Aufhebung der körperlichen Züchtigung — zu eigenem Vergnügen veranstalten lassen.)

Mohilew. In Warschau außerhalb der Stadt eine Versammlung von 2000 Personen. Der erste Redner legte das Wesen der Wahlgesetz Konstitution auseinander, der zweite sprach über die Schreckenstage, die das Lohner Proletariat durchlebt, und über den Heldentum, mit welchem es gekämpft hat.

Brest, Litow. Eine Massenversammlung in der Synagoge, 3000 Personen. An diesem Tage wurde von der lokalen Organisation des „Bundes“ ein einseitiger Generalstreik zum Abenden an die dortigen während des Massaker gefallenen Genossen proklamirt. Mehr als 3000 Personen traten die Synagoge nicht lassen. Polizei und Soldaten hielten sie umringt. Der Redner sprach zuerst über die wahre Ursache und den Urheber des Massaker, erklärte dann den Sinn der herannahenden „Reformen“, rief zum Kampf gegen dieselben und für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen.

Schitomir. Zwei Volksmeetings — 1500 und 3000 Personen; ein einseitiger Generalstreik (außer den Handelsangestellten streikten fast alle Arbeiter der Stadt) als Protestkundgebung gegen das dortige Massaker und die Wahlgesetz Konstitution.

Dobromysl (Gouv. Wolhyn). Einseitiger Generalstreik (600 Mann) als Protest gegen die Wahlgesetz Konstitution.

Wahylow. Am 12. August wurde vom lokalen Komitee des „Bundes“ ein Protestmeeting gegen die Wahlgesetz Konstitution einberufen, als aber die Arbeiter — friedlich, unbewaffnet — sich zu versammeln anfangen, begann das schon allen bekannte Blutvergießen. . .

Orscha (Gouv. Mohilew). Volksversammlung — 300 Mann — einseitiger Generalstreik (die ganze Stadt war wie ausgefallen)

Downa. Feinliche Revolutionsbeerdigung eines gemordeten Arbeiters, flammende Reden in allen örtlichen Mundarten auf dem katholischen Friedhof, Fahnen und Ränge, Verhöhnung weißlicher und jüdischer Arbeiter angesichts einer blutdürstigen Massakrepolizei, Straßendemonstration. . .

Wosruksk. Regelmäßiges Protestmeeting in der Synagoge. Trauer- und Revolutionsfahnen. Stundenlange feurige Reden, revolutionärer Gesang. . .

## Politische Standpunkte.

Das könnte gerade noch fehlen. Der russische Friedensunterhändler Witte hat auf seiner Rückreise

Deutschland berührt und hier mit Bülow konferiert. In „gut unterrichteter Stelle“ nimmt man an, daß es sich bei diesen Konferenzen um die Vorbesprechungen zum Abschluß eines deutsch-russischen Bündnisvertrages gehandelt habe. — Wir möchten nur hoffen, daß die „gut unterrichtete“ Stelle diesmal falsch informiert ist. Denn eine größere Schande könnte es u. G. für Deutschland nicht geben, als wenn es mit dem bankrotten und total verfallenen Autokratie ein Bündnis abschloße. Sollte das aber dennoch der Fall sein, dann wäre es zweifellos besser, wenn Deutschland gleich vollständig als Provinz dem zaristischen Unverstand überlassen würde. Den Befähigungsnachweis haben Regierung und Behörden u. schon häufig zur Genüge abgelegt. Wir erkennen hier nur an die „Gastfreundschaft“, der z. B. in den letzten Tagen in Berlin mehrern 14 „lästige Ausländer“ zum Opfer gefallen sind. Bedenk es noch eines weiteren Beweises dafür, daß in Deutschland heute tatsächlich schon russische Zustände herrschen?

Menschenopfer unerhört! Nach den amtlichen Berichten haben die Truppen in Südwestafrika von Anfang des Jahres an bis zum 5. August 1905 ein-gebüßt 1428 Mann. Davon sind im Gefecht gefallen 391, verunndet 480, den Wunden erlegen 20, vermißt 45, verunglückt 58, an Krankheiten gestorben 431. — 1428 hat die Sanität schon an Menschenopfer gelostet und was wird noch nachkommen? Diese Preisgabe von Menschenleben ist einfach schandlos!

Rußland in Preußen voran. Dem „Berl. Tagebl.“ wird geschrieben: „Am letzten Sonntag veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Warnung vor einem Russen, von dem anzunehmen sei, daß er im Dienste der Petersburger Regierung stehe und seine Landeskanten hier ausspionierte; er kenne sich Ganderz oder Limberg und wohne Dantienstraße 87. Dergleichen Warnungen sind heutzutage nicht selten. Das Bekannte aber ist, daß dieser Ganderz oder Limberg, oder wie er nach dem „Vorwärts“ auch der Polizei gemeldet sein soll „Photograph Simon“ zu einem tiefen russischen Schriftsteller kam, diesem auf den Kopf zusagte, er habe die Notiz im „Vorwärts“ veranlaßt, und ihm drohte, er werde nunmehr dafür sorgen, daß dieser sein Landmann binnen drei Tagen von der preussischen Polizei ausgewiesen werde. Bei dieser Drohung blieb Ganderz-Limberg-Simon, obgleich der heimgekehrte Schriftsteller, um sich keinen Scherereien auszusetzen, der Wahrheit gemäß nachdrücklich erklärte, er habe mit jener „Vorwärts“-Notiz nicht das Geringste zu tun. Bezeichnend an dem Vorgang ist wiederum die kompromittierende An-maßung russischer „Gentlemen“, die sich aufspielen wagen, als könnten sie ohne weiteres über die Polizei in Preußen verfügen.“ — Man sieht aus diesem Vorgang wieder einmal, wie — tief Preußen schon gesunken ist.

Der Parteitag der Reagierten. Ein wehmütig-wälder Zug geht durch die Verhandlungen der beiden Parteilager, die am Sonnabend und Sonntag zu Frankfurt a. M. und Wiesbaden tagten. Die beiden Fraktionen des links-liberalen hielt ihre Geschäftstage ab, Demokraten und sechsinnige Volksparteier. Die kümmerlichen Ueberreste ehemaliger großer Parteien. Seit Jahren stehen sie im Zeichen des Verfalls, und große Worte müssen die Kagerjammerstimmung verdecken. Große Worte gegen die Reaktion, die man doch nur mit halbem Herzen bekämpft. Es sind Parteien ohne Pfaffen und ohne Geld. Keine von ihnen wagt den Stand ihrer Finanzen offen darzulegen; die sechsinnige Volkspartei schließt nach alter böser Sitte überhaupt jede Öffentlichkeit bei ihren Verhandlungen aus. Vträge, die diese jammervolle Maßregel endlich in den Ortus befördern wollten, wurden, wie schon oft, durch Uebergang zur Tagesordnung glatt erledigt. Das Bild, das der farblose offizielle Bericht der „Deutschen Freien Presse“ gibt, zeigt eine Durch-schnittsvolkspartei, bei der das Volk fehlt. Die ganze Arbeit des Parteitags bestand im „Stellungnehmen“ zu aktuellen Fragen. Die Verhandlungen haben sich an einer Kette von Resolutionen ab, die mit bekannter Gestimmungs-lässigkeit gegen Autokratie, Kolonialpolitik, Fleischnot usw. protestieren. Interessant ist dabei nur die Verhandlung über die Resolution zur Reichsfinanzreform. Dabei offenbarte sich nämlich die eheliche Abneigung des Freisinn gegen eine wirklich ihren Namen verdienende Gehaltssteuer. Am liebsten will man gar keine; wenn sie aber doch nicht zu vermeiden sein sollte, so sollen wenigstens die erbenden Eltern und die Kinder — selbst bei den höchsten Erbschaftsbeträgen — frei bleiben. Einen unbräutlichen Antrag, der allgemeines gleiches Wahlrecht für die Gemeinden forderte, überwieß man zur schmerzlosen Abbitung — dem Zentralauschuß.

Domela Nieuwenhuis ist in der gestrigen Sitzung des Berliner Schöffengerichts wegen Bankbruchs zu fünf Tagen Haft verurteilt worden, die aber durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden. Der Haftbefehl ist aufgehoben und Nieuwenhuis entlassen worden. Die Polizei soll N. dann an die Grenze gebracht haben. Das in letzter Stunde eingeschlagene beschleunigte Tempo des Gerichts mag nicht in letzter Linie auf den Protest des Senner Parteitags zurückzuführen sein, der das Ver-

halten tabelle und die Wiener Genossenschaft beauftragte, einen Rechtsanwalt mit der Interessenvertretung von Neuweuhuis zu betrauen. Dem Rechtsanwalt wurde, wie die „Pöschke Zeitung“ meldete, eine ablehnende Antwort auf sein Gesuch um Haftentlassung erteilt. — Die Affäre Neuweuhuis ist für Deutschland wahrlich kein Mahnbeispiel.

**Zur Offener Stichwahl.** Die nationalen „Kulturkämpfer“ finden sich wieder in der „Ankündigung der Kandidaten“ vom Zentrum zusammen. Man wird gegen die Sozialdemokratie stimmen, und man verhilft kaum diese Absicht. Zwar stellen die Nationalen es jedem frei, wie er wählen will, man verneint aber, daß ihr „Gewissen“ es gebietet, nicht sozialdemokratisch zu wählen. Aus Eisen wird dem „Vorn“ vom 26. September geschrieben: Gestern Abend fand eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des Nationalen Wahlvereins statt. Zu der sich etwa 150 Personen eingefunden hatten. Säkular der Vorstand wurde nachfolgender Antrag vorgelegt:

„Nach dem für uns ergebnislosen Ausgang der Wahl glauben wir, es jedem Nationalen anheimstehen zu lassen, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will oder nicht.“

Wir sprechen aber die zudersittliche Hoffnung aus, daß derjenige Nationale, der sich an der Stimme betätigt, seine Stimme nicht dem Kandidaten der Sozialdemokratie gibt.“

Auf Antrag aus der Versammlung wurde über beide Teile dieses Antrages getrennt abgestimmt. Der erste Teil wurde nahezu einstimmig angenommen. Mehrere Redner sprachen sich mit großer Entschiedenheit gegen den zweiten Teil des Antrages aus. Die dann erfolgende Abstimmung hatte ein zweifelhaftes Resultat, weshalb unter großer Unruhe nochmals abgestimmt werden mußte. Bei der Stimmenauslösung ergab sich dann, daß 80 Herren gegen und nur 69 für den zweiten Teil waren, der somit abgelehnt war. Dieses Resultat zeitigte wiederum große Unruhe. Einer der Versammlungsteilnehmer bezog sich plötzlich zum Vorstande und erklärte, es sei ihm mitgeteilt worden, daß sich Leute in eigensichtlicher Fälschung, die nicht Vertrauensmänner seien und also auch nicht Unberühmte gewesen wären. Unter großer Unruhe verließen daraufhin einige der Anwesenden den Saal. Aus der Versammlung heraus wurde dann beantragt, den zweiten Teil des Vorstandesantrages wie folgt zu modifizieren:

„Wir sprechen aber die Hoffnung aus, daß derjenige Nationale, der sich an der Wahl beteiligt, so wählt, daß er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann.“

Unter lebhaftem Widerspruch und Tumult wurde nun nochmals abgestimmt, wobei die abgeänderte Fassung mit knapper Majorität zur Annahme gelangte. Unter lebhaftem Tumult ging dann die Versammlung auseinander. — Auch die Christlichsozialen, ebenfalls „fanatische“ Gegner des Ultramontanismus, haben die Forderung für das Zentrum gegen die Sozialdemokratie abgegeben. So enthält sich der alle bürgerliche Unterschiede und „Ideale“ ausweisende Klassenkampf wieder in seiner ganzen Schärfe. Die Sozialdemokratie hat bei der Wahl keine andere Aufgabe, als die die Proletarier zu gewinnen, die trotz der Klassenunterschiede noch ihren Ausbeutern und Befürsorgern folgen.

**Aus einem kleinen Lande.** Aus Detmold wird gemeldet: Großes Aufsehen erregt im liberalen Kreise die Verfügung des hiesigen Landesparlamentes, wonach der politisch, liberale Pastor Thelemann-Bueßen wegen Verteidigung des konfessionellen Parteiinteresses zwangsweise verabschiedet wird. — Man muß zurückerhöhere Nachrichten über die Sache abwarten, ehe man sich zu derselben äußern kann. Soviel aber scheint heute schon festzustellen, daß die hiesige Regierung — wie auch so manche andere — weiter nichts ist als der getreue Hüter der Konserwativen.

**Die Sozialpolitiker** haben gegenwärtig in Mannheim ihren Kongress ab. Viel Geschicktes wird aus den Verhandlungen dieser Staatspolitiker wohl nicht herauskommen.

**Der Reichstag** wird, wie man in gutunterrichteten Kreisen animmt, etwa Mitte November einberufen werden. Der Bundesrat wird in der ersten Woche des Oktober seine Sitzungen wieder aufnehmen. An der Beratung der Strafvollzugsreform in den Ausschüssen werden voraussichtlich auch die einzelstaatlichen Finanzminister teilnehmen. Mit den Bundesregierungen haben zwar schon vertrauliche Besehrungen über die Einzelheiten des Reichstagsprogramms stattgefunden, jedoch ist es zu einer bindenden Stellungnahme noch nicht gekommen.

**In der bekannten Kolonialangelegenheit** erklärt die „Köln. Volksztg.“, daß sie ihre Bekauptungen zurücknimmt, da ihr der Beweis nicht erbracht zu sein scheint.

**Ala! Wilhelm II. soll am Tage der Offener Wahl** abends 11 Uhr durch das Reichskabinett beim Berliner Landratsamt Entschuldigungen über den Ausfall der Wahl in eingelassen haben. — Welchen Eindruck der Wahlausfall bei Wilhelm II. hervorgerufen hat, wird leider nicht gemeldet.

**Die agrarische Freiheit,** die Viehhändler u. für die Fleischhersteller zu machen, hat den schärfsten Protest der Berliner Viehwirtschaftler und Viehhändler hervorgerufen. Dieselben verwarfen sich insbesondere gegen die Unterstellung der Viehhändler des Deutschen Landwirtschaftsvereins, Grafen Scherwin, die Fleischhersteller auf eine Ringbildung der Händler und Kommissionsäre zurückzuführen.

**Rußland.**

**Für das allgemeine Wahlrecht.** Wie der „Russ. Korresp.“ aus Petersburg mitgeteilt wird, hat sich dort in dem Bestreben, eine Vereinigung der gesamten oppositionellen Elemente herbeizuführen, eine „Liga für das allgemeine Wahlrecht“ gebildet.

**Die revolutionäre Bewegung.** In Dünauburg ist ein Aufruhr gegen Polizeibeamte vorgekommen. Aus Mitteln wird berichtet, daß trotz energischer Maßnahmen der Behörden, die Versuche, den Eisenbahnverkehr zu unterbrechen, fortzuauern. — Fast jede Nacht werden in Riga Angriffe auf Polizeibeamte verübt. Gestern wurde ein Kosak, vorgeführt ein Gefängniswärter gefoltert. Die Unruhen haben auf dem Lande außer dem Riga'schen und Wendenischen auch den Wolmar'schen Kreis ergriffen. — Bei der Ver-

haftung aus Bialystok in Mjeschin eingelassener junger Leute durch Polizei und Kosaken kam es zu einem handgemeinen, in welchem eine Person getötet und 2 Polizeibeamte sowie 2 andere Personen verwundet wurden. In der Wohnung der letzteren wurden eine Dauderei und Proklamationen gefunden.

**Denkerarbeit.** Das Kriegsvergericht in Warschau verurteilte sechs Teilnehmer an dem unglücklichen Bombenattentat, das vor einigen Monaten zur Befreiung Warschau's seiner Ueberführung in das Militärgefängnis ausbrach, zu acht Jahren Zuchthausarbeit. Nebenbei und Zuchthausarbeit zu sechs Jahren, Werschowitsch und Logun zu vier Jahren.

**Ershossen.** In Warschau verurteilt, das jüngst abberufene Generalgouverneur von Maschian, Masimowitsch habe sich in Petersburg erschossen.

**Neues von den „Potemkin“-Meldern.** Nach einem Petersburger Telegramm des „V.“ versuchten einzelne Gruppen von „Potemkin“-Matrosen in letzter Zeit heimlich von Rumanien nach Rußland zu gelangen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Grenztruppe kam. Bei dem letzten Zusammenstoß wurden 11 Matrosen getötet und verwundet.

**Die Chronik zaristischer Justizmorde,** die in letzter Zeit vollzogen wurden, ist bedeutend laug geworden. In Nischnei Nowgorod wurde Michorum hingerichtet (für den Mord an einem Genharnsteinbesitzer). In Polen wurden hingerichtet: Dutzin, Kasprzak, Schmelzky, Kraus, (Ermordung oder Verwundung von Polizeibeamten). In Chersow: vier Soldaten (für den Mordversuch an den Obersten). In Petersburg: der Arbeiter Wassiliew (wegen Ermordung eines Episkops), Gerschikowitsch (für Verwundung eines Polizeibeamten). In Sebastopol: vier Matrosen vom „Prut“. In Feodosia wurde der Soldat Josef Moskaleber hingerichtet, der auf einen Offizier während des Aufstandes auf dem Potemkin schuß. In Sebastopol: zwei Matrosen vom Georgi Bogdanow. Außerdem sind noch etliche Todesurteile in Sebastopol und Dmiskl gefällt worden, jedoch noch nicht vollzogen, und es steht noch eine Reihe Kriegsverurteilter offen bevor in Riga, Warschau und Sebastopol. — Man sieht, die Aera der Konstitution führt sich würdig ein.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Zur Krisis in Ungarn.** Die koalitierten Parteien haben ein Manifest erlassen, in dem sie in Erwiderung auf das vom König vorgelegte Programm erklären, daß einige Punkte desselben mit der Verfassung nicht übereinstimmen. Namentlich wird von der Erklärung des Abtats, daß bezüglich der Kommandosprache Konzeptionen ausgefloffen sein und bleiben, gesagt, daß diese Selbstbestimmung das Recht der Nation tatsächlich aufheben oder doch ohne gesetzliche Grundlage verschaffen würde. Die ungarischen Blätter bezeichnen die Erklärungen des österreichischen Ministerrats als Frechheit von Gaultsch als eine unangelegentlich in innere ungarische Angelegenheiten, welche er, wenn auch mit allerlei Verkauflerungen zugestanden habe. — An dem plötzlichen Umkehrung der Stimmung in der Wiener Hofburg, das die Reformpläne Kristoffsky zum Opfer fallen, soll der österreichische Thronfolger nicht ohne Schuld sein. Die Wiener „Arbeiterztg.“ behauptet: Daß zwischen den Dispositionen bei der Enderfassung und der Form der Führung der Untertanen ein unerklärlicher Gegensatz waltet, erkennt jeder, wenn auch die offiziellen Erklärungen die merkwürdige Geschichte als vorbedachten Paraphrasen möchte. Zur Erklärung des plötzlichen Umkehrungs in den Anschauungen der Krone wird es beitragen, wenn wir die uns wohl bekannte Tatsache melden, daß am Freitag um 7 Uhr abends plötzlich und bringlich der Fürst Alfred Richthofen in die Hofburg berufen wurde. Fürst Alfred Richthofen ist bekanntlich ein intimer Vertrauter des Erzherzogs Franz Ferdinand.

**Im österreichischen Abgeordnetenhaus** wurde gestern die Programmrede Gaultsch's von sozialdemokratischer und deutschfortschrittlicher Seite heftig angegriffen. Die Sitzung wurde dann auf heute vertagt.

**Zu Unruhen und Ruhestörungen** ist es nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen in Budapest und Szegedin gekommen. Mehrere Personen sollen verwundet sein. Nähere Nachrichten darüber abzuwarten.

**Schweiz.**

**Die Bürger der Stadt Zürich** hatten am Sonntag über die Gleichstellung der Einbürgerung der Einwanderer aus anderen Gewässern des Kantons Zürich, aus Gemeinwesen anderer Schweizerkantone und aus dem Ausland abzuurteilen, sie verwarfen mit 4334 gegen 2154 Stimmen die vom Stadtrat unterbreitete und von allen Parteien bringend zur Annahme empfohlene Vorlage. Das Popul- und Stimmberühmte der Stadt Zürich zu entscheiden gehabt, wäre das Resultat wahrscheinlich ein anderes.

**Frankreich.**

**Cavaignac ist gestorben.** Sein Name ist für immer mit der Schande des an Dreifus verübten Justizmordes verknüpft. Cavaignac, der Kriegsminister des Jahres 1898, spielte damals das Spiel der Falscher des Generalstabes und blieb ihnen treu. Er gehörte zu jener Gruppe Deputierter, die um ihrer Mandate willen, aus Furcht vor der chauvinistischen Strömung der Bevölkerung selbst wider besseres Wissen noch an der Bekauptung von der Schuld Dreifus' festhielten. Furchtbare Blamage hat er auf sein Haupt geholt, als er die durchsichtige Fälschung Henry's als den unwiderrleglichen Beweis für die Schuld Dreifus' auf der Kammertribüne vorlegte. Die Kammer beschloß damals den öffentlichen Abschlag des patriotischen Helden, die dann bald darauf ein so blutiges Dementi im Selbstmord Henry's fand. Seit jener Zeit ist Cavaignac als Volksfeind nicht wieder recht auf die Beine gekommen. Der Tod traf einen politisch toten Mann. — Godefroy Cavaignac war der Sohn des Generals Cavaignac des Ordnungsbreiters, der im Juni 1849 die revolutionären Pariser Arbeiter niederstieß. Der Sohn verlor sich etwas. Schon als Schüler machte er von sich reden, als er sich weigerte, den ihm für hervorragende Leistungen zuerkannten Preis aus der Hand des kaiserlichen Prinzen entgegenzunehmen. Den Feldzug

gegen Deutschland machte der 17jährige Jüngling als Freiwilliger mit. Nach dem Krieg widmete er sich juristischen Studien. Im Jahre 1882 wurde er von den gemäßigten Republikanern in die Deputiertenkammer gewählt. Unter dem Anführer Proust war er 1885 Staatsminister im Kriegsministerium und fungierte im Jahre 1892 einige Monate hindurch als Marineminister. In den Jahren 1895/96 sowie 1898 war er Kriegsminister. In den Tagen der Dreyfus-Debatte ließ er Proust die Hauptanforderung zum Dreyfus zu stellen: die Angelegenheit war.

**Der „unschuldlige“ Generalkommissar** Der sozialistische Reichstag hat, in seiner Interpellation über die von dem Reichskriegsminister Grafen von Solf und dem Reichskriegsminister Grafen von Solf in der Dreyfus-Debatte, die lange Zeit von dem Generalkommissar Generalleutnant von Solf ergriffen worden, die durch den Generalleutnant von Solf ergriffenen Maßnahmen bestätigten. Dem Reichstag hat der Reichskriegsminister Grafen von Solf erklärt, daß die von ihm im Zusammenhang mit der Mission Grafen von Solf ergriffenen Maßnahmen zweifellos von Gräueltaten gütig gehalten werden dürften.

**England.**

**Das englisch-japanische Abkommen.** Dienstag wurde die im Namen des Königs und der Regierung veröffentlicht. Dasselbe besteht aus einer Einleitung und acht Artikeln. Die Einleitung besagt, daß Zweck des Abkommens sei die Befestigung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in Ostasien und Indien und die Schaffung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in Ostasien durch die Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität Ostasien, ferner das Prinzip der Gleichberechtigung des Handels aller Nationen, die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Großbritanniens und Japans in Ostasien und Indien und die Verteidigung ihrer besonderen Interessen in diesem Gebiete. Artikel 1 besagt: Die beiden Regierungen werden, wenn immer ihre oben bezeichneten Rechte und Interessen gefährdet sind, miteinander in vollem Umfange und offen in Verkehr treten und gemeinsam die Maßnahmen ergreifen, die zur Wahrung derselben zu ergreifen sind. Artikel 2: Wenn infolge eines nicht herausgeforderten Angriffes oder eines aggressiven Vorgehens, das seitens irgendwelcher Macht erfolgen mag, einer der beiden vertragschließenden Teile in der Verteidigung seiner Rechte und Interessen in einem Krieg verwickelt wird, so wird der andere Teil dem Verbündeten sofort zu Hilfe kommen und mit ihm den Krieg gemeinsam führen, sowie in wechselseitigen Einverständnis Frieden schließen. Artikel 3: Da Japan die vorherrschenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Rechte in Korea besitzt, so erkennt Großbritannien Japans Recht an, solche Maßnahmen zur Rettung, zur Kontrolle und zum Schutz Koreas zu ergreifen, als es geruht und notwendig erachtet mag, um diese Interessen zu schützen und zu fördern. Artikel 4: Japan erkennt das Recht Großbritanniens an, in der Nähe der indischen Grenze solche Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sein mögen, die indischen Besitzungen zu schützen. Artikel 5: Beide Teile kommen überein, daß keiner, ohne die andere Macht zu befragen, in besondere Abmachungen eintritten wird, die den in der Einleitung des Abkommens bezeichneten Zielen nachteilig sein könnten. Artikel 6 bestimmt, daß im Falle eines russisch-japanischen Krieges Großbritannien es übernimmt, strenge Neutralität zu bewahren und Japan, im Falle es von einer anderen Macht angegriffen wird, zu Hilfe zu kommen. Artikel 7 legt fest: Die Bestimmungen, unter denen der erwähnte Bestand geschlossen werden soll, werden durch die Militär- und Marinebehörden der vertragschließenden Teile vereinbart, die miteinander von Zeit zu Zeit in vollem Umfange und offen in Beratung treten. Artikel 8 besagt: Das gegenwärtige Abkommen gilt für eine Frist von 10 Jahren, und läuft nach Ablauf dieser Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist weiter.

**China.**

**Einpruch gegen die Friedensabmachungen.** Die „Wahingapore Post“ meldet, vor einer Woche oder etwas früher habe China bei Rußland und Japan Einpruch gegen zwei Punkte des Konventioneller Friedensabkommens erhoben. Es habe erklärt, die für die Abweisung der Mandchurien geltende Frist von 18 Monaten sei zu lang und hierfür 9 Monate vorgeschlagen. Ferner habe China der Ansicht Ausdruck gegeben, die Anzahl der für die Bewachung der Eisenbahn zurückzubehalten Truppen, die wahrscheinlich auf 15 000 festgelegt sei, sei zu groß.

**Ulrich und Stadthurgeliete.**

Donnerstag, den 28. September.

**Der Zuzug von hantewerblichen Arbeitern nach Lübeck** ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

**Der Parteitag in Jena** hat natürlich Witterungen vom Schlage des „Landboten“ wenig Freude gemacht. Dies Organ der „Reinheitsbewegung“ brachte denn auch über die Debatte selbst wenig oder garnichts. Als Ersatz dafür bringt sie ihren Lesern jedoch folgende Notiz, die durch besonderen Druck hervorgehoben wurde: „Unmittelbar nach Schluß des Parteitages umzog eine große Anzahl Kammitäten, mit Ballonmägen bekleidet und mit großen roten Schnupftüchern um den Hals, in einer langen Reihe das Volkshaus. Sie führten einen großen Möbelwagen mit sich, auf dessen einer Seite stand: „Automobil zum Zukunftsstaat“, auf der anderen: „Reise nach Wolkenlandheim“. Auf der Rückseite war zu lesen: „Proletariat aller Länder beruhigt Euch! Der Zug wurde mehrfach photographiert und erreichte in der Stadt viel Heiterkeit und Aufsehen.“ — Es ist wirklich erhabend, zu sehen, wie die akademische Jugend der Universität, an der Schüler und Nichter gelehrt haben, die Kulturaufgaben unserer Zeit aufsucht und an ihnen teilnimmt. Und liberale Bretische haben diese Jünglinge anlässlich des Kampfes um die akademische Freiheit nicht nur ernst genommen, sondern verbreiten mit Behagen die Notiz von dieser Ueberheblichkeit weiter. So übet die „Reinheitsbewegung“ ihre Leser an.

**Anlässlich der Stichwahl in Essen** tritt die „Frankf. Ztg.“ ein liberales Münchener Blatt dafür ein, daß die Nationalliberalen für unsern Kandidaten stimmen möchten, um einen Sieg des kulturfeindlichen

Zentrumsmannes zu verhindern. Natürlich findet das Vorgehen der Frankfurterin nicht den Beifall unserer Amtsblätter; im Gegenteil, dieses Blatt für Volkserziehung und Volkserziehung geht die volle Schale seines Horns über die „Frankfurter Zeitung“ aus und läßt sich zum Schluss folgenden Erguß:

„Wahr aber in welcher Weise hier die Nationalliberalen, best das Zentrum, da die Konservativen und am anderen Ende die 7 schmutzigen Sozialdemokraten Landparlamentarier in L. u. M., so wäre die Wahl einer sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit denkbar nahe geblieben. Dagegen aber würden die Regierung ebenfalls mit der bürgerlichen Parteien aus Selbsterhaltungsschuldigen gewonnen sein, aus Reichstagswahlrecht zu befechtigen. Gegenwärtig der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ und den liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ als Ziel „aufs Wagnis zu wagen“. Sie in den Ausstellungen über Blätter zugute tretende Verfahrenheit der Auffassungen bürgerlicher Kreise ist unangebracht zu beklagen, als solchen der sozialdemokratischen Parteien in Tena dargestellt hat, daß die Zerstückelung innerhalb der Sozialdemokratie auch nicht annähernd so groß ist, wie es sich manche bürgerliche Optimisten nach den gelegentlichen Skandalereien zwischen sozialdemokratischen Zeitungen oder Volksrednern einzubilden belieben. Die Wahlakt der Sozialdemokraten ist jedenfalls erheblich zielbewußter als die der bürgerlichen Parteien.“

Die Beseitigung des Reichstagswahlrechts wird hier also vom Amtsblatt in veräußert Form gewünscht. Das ist zwar nicht neu; es verdient jedoch, immer wieder hervorgehoben zu werden. Bei den Reichstagswahlen heuchelt man zwar Liebe für das allgemeine Wahlrecht, wenn die Bevölkerung jedoch ihren Willen durch das selbe kundgibt, tritt man für Beseitigung desselben ein. Das ist echt nationalliberale Taktik!

**Bevölkerungsbewegung im Monat August 1905.**  
Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 46 gegen 91 im Vormonat (51 im August 1904). Lebendgeburten erfolgten 234 gegen 268 im Vormonat (250 im August 1904). Unehelich geboren wurden 19, totgeboren 8 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 150 gegen 138 im Vormonat (150 im August 1904). Mehr geboren als gestorben sind 84, gegen 130 im Vormonat (110 im August 1904). In den ersten 6 Monaten dieses Jahres war die Zahl der Eheschließungen 518 (gegen 497 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten 2040 (2035), der Sterbefälle 1137 (1047), der Geburtenüberschuh 903 (988).

**Die Lübeck-Büchener Eisenbahn** ist kein Institut, das den modernen Verkehrsverhältnissen auch nur einigermaßen entspricht. Das ist eine Tatsache, die weit über Lübeck's Grenzen hinaus bekannt ist. Für die minderbemittelte Bevölkerung, die die verhältnismäßig hohen Fahrpreise der dritten Klasse nicht bezahlen kann und deshalb auf die Benutzung der vierten Klasse angewiesen ist, ist die Fahrgelegenheit nur selten und die Wagen vierter Klasse sind in der Regel nicht besser wie Viehwagen. Deshalb wird die Majorität der Bevölkerung sicher nichts gegen die Verpachtung der Bahn erzuwenden haben, die wenigstens in bezug auf unsere Verkehrsverhältnisse eine Verbesserung bedeuten würde. Nicht uninteressant ist, was im „Hamb. Corr.“ über die Lübeck-Büchener Bahn geschrieben wird. Es heißt dort u. a., nachdem die Zustände als unhaltbar bezeichnet worden sind: „Was aber allem die Krone aufsetzt, ist der Umstand, daß auf keiner der sämtlichen Stationen der Lübeck-Büchener Eisenbahn Anschlusskarten mit 4stündiger Dauer ausgegeben werden, während diese beispielsweise auf dem Dammtor-Bahnhof oder am Meisebureau Cook u. Son. jederzeit zu haben sind. Wo bleibt die Logik bei einem solchen Vorgehen, und wie ist es zu rechtfertigen, daß auf die üblichen Anfragen man die Antwort erhält, daß auf den Stationen der Lübeck-Büchener Eisenbahn aus dem Grunde solche Karten nicht ausgegeben werden, weil es eine Privatbahn sei und der Dammtor-Bahnhof ein Staatsbahnhof sei, der der preussischen Eisenbahn-Direktion unterstehe und man im Meisebureau sich auf neutralem Gebiet befindet?“ Weiter heißt es: „Warum ist es nicht möglich, daß die für preussische Bahnen zulässige Höchstgeschwindigkeit auch auf der Lübeck-Büchener Bahn erreicht wird? Wann soll sie erreicht werden? Wann wird die Verwaltung endlich zu zeitgemäßen Reformen schreiten? Wenn trotz der schreitenden Reformbedürftigkeit die Lübeck-Büchener Eisenbahn eine betriebigende Dividende erzielt, so kommt das eben daher, daß trotz aller Hindernisse der Personenverkehr auf der Strecke sich mächtig entwickelt. Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf.“ Jetzt kommt nach Lübeck ein Hochfeiertag, und einflußreiche Lübecker Kreise bemühen sich, eine große Industrie zu schaffen, die auch der Bahn Nutzen bringen wird, ohne daß sie einen Finger darum zu rühren braucht. Scharfzichtig auch eine Notiz durch die Presse, daß der dänische Verkehrsminister beabsichtigt, den Verkehr über Korsör-Kiel einzuschränken zu Gunsten der Route Warnemünde-Gjedder. Damit kommen wir also dem Zeitpunkt immer näher, an dem der große Verkehr vom Westen nach Skandinavien über Warnemünde und über die Lübeck-Büchener Bahn geht. Will sich nun nicht endlich die Bahn für einen solchen Verkehr ersten Ranges auch in erstklassigen Stand versetzen?

**Neuer Oberlehrer.** Der Senat hat den Oberlehrer am Realgymnasium zu Begejad Dr. phil. Thomas Roth zu Otern 1906 zum Oberlehrer an der Realschule ernannt.

**Die öffentlichen Badeanstalten am Finkenberge** in der Vorstadt St. Lorenz, an der Falkenwiese in der Vorstadt St. Jürgen und in der Watenig bei der Alexanderstraße in der Vorstadt St. Gertrud werden für dieses Jahr am Sonnabend, den 30. September d. Js. abends geschlossen.

**Unfall.** Dem Arbeiter Mieschlag, der bei dem Dampfer „Bartban“ beschäftigt war, fielen gestern zirka 6 Platten auf das Bein, wodurch ein Bruch desselben herbeigeführt wurde. Herr Dr. Adler leistete die erste Hilfe.

**Die Wahlvorstände der Bürgerschaftswahl** wurden gestern vom Bürgerausschuß ernannt. Die Wahl findet am 14. und 17. November statt. Der Bürgerausschuß bestimmte, daß für die Wahl der Vertreter in Abteilung IV der 8. Wahlbezirk (Höfentor-Landbezirk) und der 10. Wahlbezirk (Nigerauer Landbezirk) Unterbezirke neben dem 7. Wahlbezirk (Burgtor-Landbezirk) und dem 9. Wahlbezirk (Höfentor-Landbezirk) bilden, dagegen der 5. und 6. Wahlbezirk (Städtchen Travemünde und Travemünder Landbezirk) für die Wahlen in Abteilung IV vereinigt bleiben sollen.

**Arbeitszeit in den Blätt- und Waschanstalten.** Vom Reichskanzler ist eine Erhebung über die Arbeitszeit der in

Blättanstalten und in nicht als Fabriken oder Werkstätten mit Motorbetrieb anzusehenden Waschanstalten beschäftigten Personen angeordnet worden. Die Erhebung soll sich nicht auf die Betriebe des gesamten Staatsgebietes beziehen, sondern sich auf die Betriebe der Stadt Lübeck beschränken, in dieser aber sämtliche Betriebe umfassen, soweit in ihnen zur Zeit der Umfrage und regelmäßig mindestens eine nicht zur Familie des Geschäftsinhabers gehörende Person als gewerbliche Hilfsperson oder Lehrling (Wahmädchen) beschäftigt wird. In dieser Veranstaltung werden vom Stadt- und Landamt die nachstehenden Vorschriften erlassen: 1. Für alle in der Stadt Lübeck befindlichen Betriebe vorbestimmter Art, in denen regelmäßig mindestens eine gewerbliche Hilfsperson oder ein Lehrling (Wahmädchen) beschäftigt ist, sind Fragebogen zur Beantwortung anzugehen, und zwar für die eine Hälfte der Betriebe ausschließlich an die Arbeitgeber (Geschäftsinhaber), für die andere Hälfte ausschließlich an je eine gewerbliche Hilfsperson (Blätterin oder Wäscherin). 2. Die Betriebe sind in die Reihenfolge, welche der alphabetischen Ordnung der Anfangsbuchstaben der Namen der Geschäftsinhaber entspricht, gebracht. Der ersten Hälfte dieser Reihe sind die Fragebogen für Arbeitgeber, der zweiten die Fragebogen für Arbeitnehmer zuzuweisen. 3. In den Betrieben mit mehreren gewerblichen Hilfspersonen haben sich die letzteren darüber zu verständigen, wer von ihnen den Fragebogen zur Beantwortung in Empfang zu nehmen hat; andernfalls wird der Fragebogen der am längsten im Betriebe tätigen gewerblichen Hilfsperson ausgehändigt. Wo nur Lehrlinge (Wahmädchen) unter 18 Jahren beschäftigt sind, ist der Fragebogen stets vom Geschäftsinhaber auszufüllen und zu unterzeichnen. 4. Die Fragebogen werden durch beauftragte Personen, welche mit Legitimationskarten versehen sind, den Geschäftsinhabern und Hilfspersonen in der Woche vom 2. bis zum 7. Oktober ausgestellt. Die Beteiligten werden zu sorgfältiger schriftlicher Beantwortung der auf den Bogen enthaltenen Fragen aufgefordert. Die Fragebogen sind am 16. Oktober zur Einlieferung bereit zu halten.

**Staatlich subventioniertes Stadthallen-Theater.**  
Unter der neuen Direktion des Herrn L. Biorkowski wird das provisorische Stadthalletheater am Sonntag, den 1. Oktober, eröffnet. Zur Aufführung gelangt Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut“, welche sich wohl durch besonders schönen Melodienreichtum als auch durch die humoristische Handlung vorteilhaft auszeichnet. Für Lübeck ist „Die verkaufte Braut“ Novität. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Stöck, Schläger, Major und König und den Herren Jäger, Kimm, Helmar, Liebant, v. Vorlofski, Schlüter und Dissipol. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Herrn Kapellmeisters Weiß; die akustischen Arbeiten sind jetzt auch beendet und so vorteilhaft ausgefallen, daß man von allen Plätzen sehr gut hören kann und dadurch einen ungezügelter Kunstgenuss hat. Die Theaterkasse ist von heute ab für den Vorverkauf vorm. von 11-2 Uhr geöffnet, außerdem sind Eintrittskarten in der Musikalienhandlung von J. W. Stabel, Breitestraße, zu haben.

**Nationale Schweinefleuche.** Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter den Schweinen der Witwe Ehmke hierseits, Wiesenweg Nr. 6, die Notlauffleuche ausgebrochen ist. Der Schweinefall der Genaanten ist unter Sperre gestellt.

**Nationale Schweinefleuche.** Auf dem Gehöft des Tischlers Johannes Westphal in Travemünde ist die Schweinefleuche ausgebrochen. Der Schweinefall des Genaanten ist unter Sperre gestellt.

**pp. Festgenommen** wurde gestern abend auf dem hiesigen Bahnhof ein mit dem Zuge von Oldesloe hier angelaufener Arbeiter aus Suurburen, der in Oldesloe einen Arbeiter auf dem Bahnsteige mittels eines kleinen Knüttels derart verletzt hatte, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Festgenommene wird weiter beschuldigt, dem Verletzten einen Regierock und 5 Mark gestohlen zu haben.

**Zuzug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten.**

**Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bügelischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Nothbrun in Lanen.**

**Schlutup.** Die Organisationen der Arbeiter sind Manchem ein Dorn im Auge; das ist bekannt und aus den meisten Unternehmensblättern mit Leichtigkeit zu ersehen. Bewiesen wird durch den Haß, mit dem man die Arbeiterverbände verfolgt, nur, daß letztere den richtigen Weg zur Verbesserung der Lage der Arbeiter einschlagen. Im „Landboten“ schimpft wieder einmal anlässlich des Lohnkampfs der Mähdereiarbeiter und Arbeiterinnen ein zweifelhafter „freier“ Ehrenmann auf die vererblichen „sozialdemokratischen Verbände“, auf „bezahlte Agitatoren“ usw. und lehnt die Arbeiter an, um Gottes willen aus ihrem Verband auszutreten. Natürlich findet die mit künstlichem Dünge groß gezogene Gleichheitspflanze in Arbeiterkreisen die verdiente Würdigung; man ärmelt sich darüber! — Reizlich ist Arbeit für sie hätten die Schlutuper Mähdereibesitzer, wenn die bürgerlichen Blättern gebrachten Meldungen wahr wären. Vor uns liegt ein Schreiben des Mähdereibesitzers Peter Wade, in dem er an eine früher bei ihm beschäftigte Frau das dringende Ersuchen richtet, bei ihm wieder in Arbeit zu treten, da die Arbeit sich immer mehr häuft. Zum Schluß wird die Drohung ausgesprochen, wenn die Frau bei ihm (Wade) nicht in Arbeit treten wolle, so würde sie auch den ganzen Winter über weder von ihm noch von den anderen Schlutuper Geschäften eingestellt werden. — Man ersieht aus diesem Schreiben, daß die Lage des Streiks für die Arbeitgeber durchaus nicht ungünstig ist, sonst bräuchten doch die Arbeitgeber die früher bei ihnen beschäftigten Leute nicht durch Drohungen zur Aufnahme der Arbeit zu verleiten suchen.

**Curan (O. A.)** Bei der Wahlmännerwahl erhielten der Gufner Trempau aus Lanteband und Böhmer aus Böhs je 11 Stimmen. Weitere Kandidaten waren nicht aufgestellt. Die Zahl der Wähler betrug 144.

**Oldesloe.** Ein Hauseinsturz fand hier am Dienstag nachmittag statt. Zwischen dem Hause des früheren Bäckermeisters Siemers und dem Wohnhause des Brieftägers Bensemann in der Königsstraße waren am Dienstag nachmittag zwei Arbeiter mit der Herstellung eines Umklekanals an das Hauptwasserrohr in der Straße beschäftigt. Das Siemerssche Haus ist außer von dem Besitzer und seiner Familie von einer 97jährigen Witwe Paulsen nebst Tochter und einer Frau Gideon, bei der ihre kranke Mutter, eine Frau Neese aus Klinker, sich beschwerungsweise aufhält, bewohnt. Gegen 3 Uhr bemerkte Fräulein Paulsen, daß an der Außenwand ihrer Wohnung Ralf losbröckelte. Sie rief, wie man dem „H. C.“ meldet, sofort den im Laden anwesenden Hauswirt herbei, und dieser, die Situation sofort überblickend, ergriff kurz entschlossen die im Lehnstuhl sitzende alte Frau Paulsen und trug sie in seine gegenüberliegende Wohnung. Hierauf war man Frau Gideon und ihrer Mutter rasch

beihilflich, und es gelang, auch diese beiden Frauen rasch nach unten zu bringen. Raum war diesmal gefehlt, als die ganze Seitenmauer und der ganze westliche Teil des Gebäudes mit den beiden Wohnungen zusammenstürzte. Das Ver, in dem eben noch die kranke Frau Neese gelegen hatte, lag unter den Trümmern des Mauerwerks am Erdboden; der Lehnstuhl, in dem die alte Mutter Paulsen geruht hatte, war mit Mauerwerk überschüttet. Die beiden Arbeiter hatten sich auch noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht, sonst wären sie verschüttet worden. Im Nebenhaus sind durch die fallenden Steinmassen mehrere Fenlleer zertrümmert und verschiedene Gegenstände beschädigt worden.

**Damburg.** Die Bürgerschaft stimmte gestern folgendem Antrag (B. 11) zu: „Die Bürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Schritte getan werden, um die durch zu geringes Angebot bewirkte Fleischkurierung zu heben.“ Abgelehnt wurde folgender Antrag (B. 12): „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufhebung der Grenzsperrung gegen die Vieheinfuhr zu treffen und des weiteren im Bundesrat für die Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle einzutreten.“

**Glückstadt.** Ausgeborener Einbrecher. In der Nacht zum Mittwoch ist der Einbrecher Seeland aus dem hiesigen Strafgefängnis ausgebrochen. Trotz sofortiger Verfolgung hat man von dem Ausbrecher noch keine Spur gefunden.

**Riel.** Ein Ueberfall. In der Nacht vom 24. zum 25. September wurden der Torpedooberheizer Bogulawski und der Torpedobesitzer Meyer der ersten Torpedoabteilung auf dem Heimwege nach ihrer Kaserne in Wil von drei Messerleuten lebensgefährlich verletzt und befindet sich in nicht vernehmungsfähigem Zustande im Marinehospital in Wil. Meyer ist durch Messerleuten am Kopf und an den Händen stark, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Zwei am Tatort gefundene Hüte sind der Kriminalpolizei zur Nachforschung nach den Tätern übermittle worden.

**Wahlin.** Wegen Lohn Differenzen verließen Dienstag vormittag sämtliche Arbeiter auf dem benachbarten Gute Duckow die Arbeit.

**Wismar.** Schwurgericht. Die erste Verhandlung richtete sich gegen den Schmiedegesellen August Jäger aus Jiwara in Rußland, der bisher dreimal wegen Vetteln's verurteilt ist, und gegen den Arbeiter Carl Baglaff aus Hohenfelde, Regierungsbegirt Stettin, einmal verurteilt wegen Vetteln's. Die Angeklagten haben sich wegen gemeinschaftlichen Raubes auf einem öffentlichen Wege und mit Waffen versehen, sowie wegen Versuch der Tötung des von ihnen beraubten Arbeiters Heinrich Winn aus Lübeck zu verantworten. Die Angeklagten haben sich am 3. Mai d. J. in unerhörter Weise an einem aus Lübeck gebürtigen Arbeiter Winn vergreifen, ihn geschlagen und schwer beraubt, das Geld (24 Mk.) vertrunken und den Winn, der wie sie auch nur Handwerksburche war, schwer verletzt auf der Schaufelle bei Doberan liegen gelassen. Winn hat darauf lange Zeit im Hofstader Krankenhaus gelegen und ist als gänzlich invalid entlassen worden. Das Urteil gegen die beiden Angeklagten lautete auf je 10 Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Die zweite Sache richtete sich gegen die der Steinbearbeitung beschuldigte Schmitzerin Agnes Gulkoowska aus Wiloogora in Rußland. Nach dem zur Verlesung gebrachten Eröffnungsbeschluss hat dieselbe im November 1904, während sie in Lübin bei Sternberg arbeitete, ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt dadurch getötet, daß sie dasselbe in ein Wasserloch auf der dortigen Feldmark warf, in welchem das Kind ertrauf. Die Angeklagte ist bereits einmal, vor etwa 3 Jahren, vom hiesigen Schwurgericht wegen versuchter Kindesmordung mit 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Verhandlung fand ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Freisprechung der Angeklagten.

**Stade.** Bei dem Ausstande der organisierten Maurer- und Zimmergesellen wurde zur Schlichtung der zwischen Arbeitern und Arbeitgebern existierenden Differenzen von beiden Parteien Bürgermeister Landtschaftsrat Dr. Schrader als Vermittler erwählt. Die gütliche Beilegung des Ausstandes ist gelungen; die Arbeiter erklärten sich mit dem Kompromissvorschlage der Bauunternehmer, wonach vom 1. Januar 1906 ab der Stundenlohn für die Gesellen von 45 auf 48 Bfg. und für die Arbeiter von 35 auf 38 Bfg. erhöht wird, einverstanden. — So berichten bürgerliche Blätter.

**Briefkasten.**

**Angehender Grieche.** Es wäre besser, wenn Du Dich auf Deinen Hofboden setzen würdest, um etwas ordentliches zu lernen, anstatt griechische Buchstaben zu Unflath aneinanderzureihen; sonst könnte man Dich leicht in der Schule mit einem „festen Batel“ durchwalzen. Wenn Du erst den Flegelharn, in denen Du Dich, nach Deinem Schreiben zu urteilen, befindest, entwachen bist, ist es Zeit für Dich, über Dinge nachzudenken, von denen Du gegenwärtig doch noch nichts verstehst.

## Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

### A. B. Sch.

Sente Donnerstag 8 Uhr:  
Vorstandssitzung.

---

Paul Voß, Rittersstraße 4a, zu seinem 27. Geburtstag ein 1000fach donnerndes Hoch.  
Nun rate mal.

---

**Ein trendl. Zimmer zu verm.**  
Br. v. Woche 2,50 Mt. Saniastraße 44, II.

---

**Ein trendliches Logis zu verm.**  
für einen jungen Mann  
Watenigmauer 204

---

**Gesucht eine Wohnung z. 1. Jan.**  
3 Zimmer und Stall, Preis 200—230 Mark.  
(Höfentor.) Off u. H 100 a d. Exp. d. Bl.

---

**Jüngerer Arbeitsburche**  
Westhoffstraße 43.

Für 1-2 junge Leute ein möbliertes Zimmer mit voller Pension  
Ede Weberstraße 41 a.

**Gesucht ein Laufbursche**  
per sofort.  
Dan. Schlesinger Nachflg.  
Breitestraße.

Ein recht stark. gebr. Kinderwagen.  
passend zum Handeln, zu kaufen gesucht.  
Off. u. C F an die Exped. d. Bl.

Eine gebrauchte Kinderbettstelle  
zu kaufen gesucht.  
Off. u. C F an die Exped. d. Bl.

Zu verk. eine Trittschneidemaschine  
passend für Schneider, u. junge Manneken-  
hähne, St. 6-8 Mt. Lützenhagen 7.  
Billig zu verkaufen

ein Vudentisch.  
Schützenstraße 43a.

Eine zweifelhafte Karte  
billig zu verkaufen. Johs. Hoffmann.  
Stofelshof, Marienhat.

Ein Roman (100 Hefte)  
ist für 1 Mt. zu verkaufen.  
Stavenstraße 17, part.

Zu verkaufen 2 Romane  
(80 und 90 Hefte) zusammen 3 Mt.  
Kleine Burgstraße 29.

Durch Batall 2 gute Nähmaschinen  
billig zu verkaufen.  
Näheres Schmarbauer Allee 95, 1. St.

Ein starker Kinderwagen  
zu verkaufen. Emilienstraße 13a.

1 Gebrod und 1 Sommerpaletot  
für schlankte Figur, sow. 1 Zwickergürtel bill.  
z. verk. An der Mauer 57, II., 6. Mühltent.

Zum billigen  
Uhren-Schulz  
ob. Johannisstraße 20.  
Enormes Lager  
Uhren \* Ketten  
Gold- u. Silberwaren  
gold. Trauringe, usw. gest.  
Rathenower Brillen.  
Verkauf u. Reparat. unter Garantie.

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.  
sind vorteilhaft bekannt durch gute Ver-  
arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:  
Lederhosen . . . 1,20-1,45  
Stauerhosen . . . 2,60-3,75  
Schlofferhosen . . . 1,88-5,25  
Aberziehohsen . . . 0,88-2,35  
Hwirn-Hosen . . . 1,38-3,25  
Leinene Faden, Schräge und gerade, 1,25  
Kajen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden,  
Waler-Mäntel erstaunlich billig.  
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mt.

Passend für Brautleute!  
Billig zu verkaufen:  
1 sehr schönes Sofa  
4 Stühle  
1 Vertikow  
1 Sofa Tisch  
2 Bettstellen mit Matratze  
1 Kleiderschrank  
umständehalber für annehm. Preis.  
Johannisstr. 23, I.  
Kann auch bis Abnahme lagern.

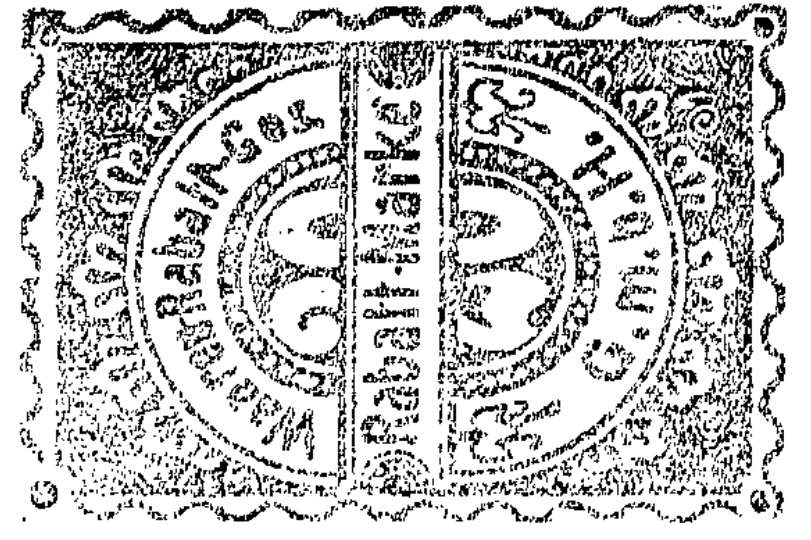
Noch immer  
findet der Verkauf der durch Feuer und Wasser  
leicht beschädigten Waren  
Königstr. 48 statt.

**ARGARINE**  
**ohra**  
erhältliche  
Butter  
Ludw. Hartwig.  
Sie erhalten Lubeca-Marken  
2 75 Pfg. empfiehlt behrens

Don Eingang sämtlicher  
**Schuhwaren-Neuheiten für Herbst und Winter**

zeigt an  
**H. Bade, Schuhmachermeister, Marienstr. 2.**  
Elegante Anfertigung nach Maß.  
Reparaturen in feinsten Ausführung zu soliden Preisen.

Nächster  
**Gratismarken-Tag:**  
Sonnabend, 30. Septbr.



(Zwischen je 10 Gratismarken muß sich  
eine größere Anzahl gesammelter Marken  
befinden.)

Die im Umlauf befindlichen Ge-  
rüchte, daß die grünen Diabattmarken ein-  
gehen, sind böswillig erfunden und ent-  
wehren jeder Begründung.

**Alle Buttermilch, Abfallmilch**  
(Schweinefutter) kann abgeholt werden, Ltr. 3 Pfg. bei großen Posten billiger.  
**Hansa-Meierei.**

**Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.**  
(C. S. Nr. 24.)

Außerordentliche  
**General-Versammlung**  
am Dienstag den 3. Oktober 1905  
abends 8 1/4 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
Wahl von 3 Boten.  
Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Die Mitglieder der Freiwilligen Kasse  
legitimieren sich durch die Mitgliedsbücher der Freiwilligen Kasse. D. C.

3fl. Gaskrone u. Petroleumhänge-  
lampe zu verkaufen.  
Beckergrube 61, part., links.

**Reste**  
und ein großer Posten  
feiner wollener und halbwollener Kleider  
für halben Preis.  
Neu eingetroffen:  
Möbelstoffe, Samte, Parahende,  
ff. Schürzenstoffe.  
Eine größere Sendung hochfeiner Elsässer  
Hemdentuch empfiehlt  
**H. Dobberstein**  
Hützstraße 47.

**Zwetschen**  
große und süße Frucht  
heute und morgen letzter Verkauf  
Pfd. 10 Pfennige.  
**Spethmann & Fischer**  
Tel. 102. Beckergrube 59.  
**Auf zum Kampf!**  
Freidenker!  
Vorbesprechung zwecks Gründung e. Vereinigung  
am Freitag den 29. dsz., 8 1/2 Uhr abends,  
im „Kapuziner“, Fleischhauerstraße 13, Sinterz.  
Denkende Männer und Frauen w. höfl. eingel.

Hou! Radwisch's Nüssiges Heilmittel!  
beseitigt Kopf- u. Zahnschmerzen sofort.  
Spül-, Sauc-, Citri-, Desinf., rad., Glycyrrhiz., Natr., chlorat.

**Achtung!**  
**Berftarbeiterverband.**  
Außerordentliche  
Mitglieder-  
Versammlung  
am Freitag den 29. Septbr.  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Antrag des am Bauarbeiterstreik beteiligten  
Kollegen.  
2. Anträge und Wahl eines Delegierten zur  
Generalversammlung.  
3. Kartellbericht.  
4. Verschiedenes.  
Zehrlichem Besuch sieht der wichtigen Tages-  
ordnung wegen entgegen.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**  
**Zimmerer**  
Die Auszahlung der Mieteunterstützung findet  
statt am Sonnabend den 30. September, nach-  
mittags von 4 bis 8 Uhr, und am Sonntag den  
1. Oktober, von 9 bis 11 Uhr vormittags, im  
„Vereinshaus“, Streifbureau.  
Der Vorstand.  
NB. Die Streifkarte muß vorgelegt werden.

**Achtung Bauarbeiter!**  
Die Auszahlung der Mieteunterstützung erfolgt  
am Sonnabend den 30. d. M., nachmittags von  
3 bis abends 8 Uhr, im „Vereinshaus“.  
Diejenigen Mitglieder, welche dieselbe bis zum  
Mittwoch den 4. Oktober nicht abgeholt, haben  
später keinen Anspruch darauf.  
Der Vorstand.

**Segler-Club „Hansa“**  
**Absegeball**  
am Sonntag den 1. Oktober 1905  
im Seglerheim „Wakenih-Vellevue“.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

**Panorama**  
Breitestraße 53, 1. Stg.  
Diese Woche ausgestellt:  
**Oberbayern.**  
Jeden Tag von 11-10 Uhr geöffnet.  
Staatlich subventioniertes

**Stadthallentheater**  
Direktion: L. Piorkowski (Piori).  
**Eröffnungs-Darstellung**  
Sonntag den 1. Oktober 1905.  
1. Abont-Vorst. 1. Sonntags-Abont  
**Die verkaufte Braut.**  
Römische Oper in 3 Akten von N. Sabina.  
Musik von Fr. Smetana.  
Opernpreise.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr  
Eintrittskarten sind von heute ab bei F. W.  
Kaibel und an der Theaterkasse von 11-2 Uhr  
zu haben

## Neue Wirren!

Aus Wien wird unserem Zentralorgan vom 24. September geschrieben:

Der Krieg zwischen der Krone und dem ungarischen Reichstag ist nun in voller Schärfe entbrannt. Die lange Reise hat sich nun in eine unüberhüllte Machtkfrage verwandelt. Zu den größten Ueberraschungen dieser anerkennlichen Vorgänge doch nicht armen Krise gehört, daß die Berscharfung durch einen Plan herbeigeführt wurde, dessen Absichten unabweislich dahin gingen, einen ernsten Versuch zur Lösung des Konflikts zu unternehmen. Nachdem die Krone dem Wahlreformvorschlag Fjerovarys verworfen und die Demission des Vizekanzlers angenommen hatte, blieb ihr nichts übrig, als in neue Verhandlungen mit der Koalition zu treten. Der Reichstag wurde bis zum 10. Oktober vertagt, und die höchste Notwendigkeit gebot, bis dahin das parlamentarische Ministerium der Reichstagsmehrheit zu bilden. Nach langem Zögern entschloß sich die Hofburg zu einer ganz neuen und höchst feierlichen Sache. Während bisher die Verhandlungen mit der Koalition so geführt worden waren, daß die Krone einen Unterhändler bestellte und die untergeordneten Führer einzeln zur Audienz beschiedenen wurden, sollte diesmal eine Kollektivaudienz erfolgen. Es wurden also die Herren Graf Auersperg (das ist der Sohn des ehemaligen Ministers des Reichs), Baron Wassily, Franz Kossuth und Graf Adolph Schöller zur Audienz in die Wiener Hofburg berufen. Diese merkwürdige Veranstaltung mußte um so mehr den Eindruck hervorrufen, daß die Krone einen regelrechten Fußfall vor den Magyaren beabsichtige, als auch noch Graf Aponyi geladen wurde, von dem man weiß, daß er in der Hofburg ebenso geachtet wird, als er sie haßt. Aponyi, ehemals Minister und Vizepräsident, ist heute im Lager der Unabhängigkeitspartei angelangt und neben Kossuth der eigentliche Führer der größten Reichstagspartei.

Nun ist es aber ganz anders gekommen, gerade umgekehrt. Daß die Krone in der Frage der ungarischen Kommandosprache nicht nachgeben werde, war allerdings klar, aber man hatte doch geglaubt, daß die Krone den Wahlreformplan erst abgelehnt habe, daß ihre Ablehnung von der Koalition durch Nachgiebigkeit belohnt werde. Man mußte also von der Kollektivaudienz erwarten, daß sie bestimmt sei, unmittelbare Verhandlungen anzubahnen, nach irgend einem Ausweg zu suchen, dem die Mehrheit schließlich entspreche. War dies nicht der Zweck der Audienz, so war die Berufung der Führer überhaupt eine Stupidität. So wie die Audienz verlief, wurden fünf Mitglieder der Koalition, kann als sie gekommen waren, bildlich gesprochen, wieder hinausgeworfen. Die ganze Audienz dauerte fünf Minuten. Statt mit den Führern zu verhandeln, behandelte der Kaiser sie wie arme Supplikanten. Die fünf Führer kamen überhaupt nicht zum Wort. Sie wurden mit einer kurzen Ansprache in deutscher Sprache abgefertigt. Der Kaiser legte einfach sein Programm vor: die unveränderte Aufrechterhaltung des Dualismus und Leistung aller Verpflichtungen, die der Dualismus heischt. Deshalb bewegt sich das Programm ausschließlich um die Krone. Andere Sorgen und Interessen hat die Hofburg nicht. Von der Kommandosprache wird nicht die Rede sein, „eine Nachgiebigkeit absolut ausgeschlossen ist und bleibt“. Ueberhaupt müßten die Grundlagen der Großmacht, die gemeinsame Armee und die Gemeinamkeit der auswärtigen Vertretungen „vollkommen unberührt bleiben“. Was die Großmacht braucht, um existieren zu können, soll ihr die Koalition ausbrüchlich garantieren, also die normale Rekrutierung und die Erhöhung des Königsgelbes, die Wahl der Delegation und der Quotenrepräsentation, und die Hofbedeckung der in den letzten Delegationen vorausgeschickten Militärtruppen, und, weil das auch zur Großmachtstellung gehört, die Botierung

der Handelsverträge. Was der Kaiser mit seinem Programm will, ist dieses: Die neue antidualistische Mehrheit des ungarischen Reichstages soll sich zum Dualismus bekennen, aber sie kann ihn höchstens dulden, hinnehmen, aber nicht beschließen! Der Konflikt steht hier: die Krone will die Monarchie erhalten und der Reichstag will das selbständige Ungarn errichten. Der Konflikt kann für eine Zeit verschleiert werden, zu beheben ist er nicht mehr. Und so rührt das Staunen über diese groteske „Audienz“ davon her, daß man erwartet hatte, der Kaiser werde den Gegensatz zu verschleiern und dadurch aufzulösen suchen, wogegen das „Programm“ ihn festnagelt und bloßlegt.

Wichtig muß man also mit der Fortdauer der dualistischen Krise rechnen. Zwar ist Sonnabend noch ein neuer Unterhändler gestellt worden, aber er wird von der Koalition nicht anders vernehmen, als daß es so, wie es sich die Majorität vorzustellen gerührt, nicht geht. Mittlerweile hatten sich die Wollen auch über den österr. Reichstag zusammen, der sich im Frühjahr einer unerwarteten Arbeitsfähigkeit erfreuen konnte. Er tritt Dienstag zu einer kurzen Vorbesprechung zusammen, deren eigentlicher Zweck der ist, zu den Vorgängen in Ungarn, wie man hierzulande sagt, „Stellung zu nehmen“. Aber aus der Session, mit der sich Herr v. Gautsich bei den selbstgefälligen Abgeordneten einschmeicheln wollte, kann leicht für ihn eine Inaktivität werden. Es geht dem glatten Herrn, den kaiserliche Patrone zur Macht gebracht haben, überhaupt recht schlecht. Die alten nationalen Herwürnisse melben sich wieder und in Hintergründe tauchen die alten Obstruktionen auf. Aber Herr v. Gautsich ist eine neue und ganz anders geartete Gefahr, als die schwächere Opposition der nationalen Bourgeoisie, entstanden. Seine tödliche Einmischung in die ungarischen Dinge, die bekanntlich zur Verwerfung des Reichstagswahlreformplanes führten, und insbesondere seine Begründung: daß dadurch die „Gefahr“ entstände, daß man das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch in Oesterreich einführen müßte, hat in die Arbeiterschaft eine furchtbare Erregung getragen, deren Widerhall der Ministerpräsident auch im Abgeordnetenhaus vernehmen wird. So tiefgehend ist die Erregung über das vermessene Unterfangen des „Therapianisten“, wie man den ehemaligen Kanzler der bekannten oberigen Buchdruckerei nennt, daß die Partei, obwohl ihr Gesamtinteresse schon einberufen ist, in der vorigen Woche eine eigene Reichstagskonferenz hielt, um über die Schritte gegen Gautsich zu beraten. In der Konferenz wurden die stärksten Töne laut, und mit der denkbar deutlichsten Weise wurde nicht nur das Vorgehen des Ministerpräsidenten, sondern auch die Haltung der Dynastie kritisiert. Auch als eine Probe der Rückständigkeit der proletarischen Politik in Oesterreich mag hier eine Stelle aus dem Aufruf mitgeteilt werden, der in der Konferenz beschlossen wurde:

„Arbeiter! Partei gegenoffen! In einer Beratung unter Vorsitz des Reichs hat Euch der österr. Reichstagspräsident einen unerhörten Schimpf angetan. Vermessen hat er Euer Recht geleugnet, Eure Zukunft freventlich bestritten, Eure Ehre als Klasse hat er angegriffen und Eure Stellung als Staatsbürger hat er in Zweifel gestellt. Als Gegner des arbeitenden Volkes hat Gautsich sich entschleiert, als Volkseind brandmarken wir ihn! Erhöbt Euch, Arbeiter, und rächt die Euch angetane Schmach! Macht ihn unähllich, der das Recht des Volkes mit Füßen trat! Rühmet ihnen allen unerbittlichen Kampf an, die Euren heiligen Anspruch bezweifeln; macht es den Mächtigen dieses Staates klar, daß die Zeit der Langmut vorüber ist, daß die arbeitenden Klassen in Oesterreich entschlossen sind, sich ihr volles Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, unter allen Umständen zu erkämpfen.“

Antwortet, Arbeiter, dem Feinde des arbeitenden Volkes! Stehe auf, Proletariat aller Nationen in Oesterreich, und lüfte ihm unseren unbügelbaren Entschluß: Nicht zu erweichen und nicht zu rufen, bis dieser Angriff auf die Ehre

der Arbeiterklasse, dieses Attentat auf das Recht der arbeitenden Menschen gescheit, bis der Volkseind besichtigt ist. Nieber und fort mit Gautsich! Das ist die Antwort der Sozialdemokratie auf jene verwegene Herausforderung; das wird unsere Parole sein, bis an dem schuldigen Manne die Exekution vollzogen sein wird. Und nicht bloß der Mann muß politisch vernichtet werden, das elende, schmachvolle, Staat und Völkern vernichtende Privilegienwahlrecht muß endlich ausgerottet werden. Weg mit den Privilegien und weg mit ihrem Hüter, dem Gautsich, und heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht! Nieber mit den Positionen des Unrechtes und die Bahn freigelegt für die geistige, politische und soziale Entwicklung der Völker!

Sammelt Euch, Arbeiter, und lüdet laut Euren Willen. Sammelt Euch in den Versammlungen, sammelt Euch in Massen: gewaltig sei Euer Aufmarsch und entschlossen Euer Tat. Verkündet Euren Willen, daß die Rechnung auf die Schuld des Volkes fällt, daß das Spiel mit den Rechten des Volkes zu Ende ist. Eure Abgeordneten werden ihm Worte leihen im Parlament, Ihr aber werdet den Herrschenden offenbaren, daß die Arbeiterklasse in Oesterreich einzig ist in der Forderung nach Gerechtigkeit für die angestammte Schmach, einzig in dem Kampfe für ihr geheiligtes Recht. Und so brause die Forderung von Land zu Land, von Volk zu Volk, schwellen zum Sturm an, bis die Erfüllung findet: Nieber mit den Privilegien! Nieber mit den Volkseind! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!

Nicht minder deutlich sprachen die Redner. Im ganzen Reich werden nun Versammlungen abgehalten und die „Argumente der Straße“, vor denen die Mächtigen in Oesterreich immer am meisten gezittert haben, werden wieder lebendig. In der ungarischen Krise kann sich also sehr bald eine österr. Krise hinzugesellen!

## Soziales und Politisches.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind die Buchbinder, sowie die Maler, Lackierer und Anstreicher Königsbergs.

Die unabhängigen Arbeiter der Elektrizitätsindustrie in Berlin erklärten sich mit den ihnen gemachten Zugeständnissen nicht einverstanden und beschließen gegen eine geringe Minderheit, die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht wieder aufzunehmen. Nachdem die Arbeiter den Elektrizitätsgesellschaften mitgeteilt hatten, daß sie beschließen hätten, den Streik fortzusetzen, erklärten die Gesellschaften eine Erklärung, in der es heißt, sie seien zu ihrem Bedauern gezwungen, am 30. September, nachmittags, folgende Fabriken zu schließen: die Apparatefabriken in der Adlerstraße und in der Hüttenstraße, die Maschinenfabrik in der Brunnenstraße, die Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Hüttenstraße, das Blodwerk in der Helmholtzstraße der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft, das Dynamowerk in der Franklinstraße und das Kabelwerk auf dem Normendamm der Siemens-Schuckert Werke. Die Erklärung wird in den beteiligten Werken durch Aushang bekannt gemacht.

Im Züricher Kantonsrat beschloß man mit 139 gegen 14 Stimmen die Einführung des 8-stündentages. Dieses außerordentlich günstige Resultat ist nur der kräftigen Initiative unserer Genossen zuzuschreiben.

§ 153. Gelegentlich der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung in München stand der arbeitslose Buchbinder Max Albrecht bei einem Kirchenneubau in Pasing bei München als Tagelöhner in Arbeit. Die dort beschäftigten Arbeiter gehörten samt und sonders der Organisation an. Der Baulegitime Stefan Schilling erforderte den Buchbinder auf, der Organisation der nichtgewerblichen

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.  
Von Friedrich Gerstäcker.

(36. Fortsetzung.)

„Aber zum Teufel auch“, rief da der Richter, solcher Art in die Enge getrieben, „so soll er nur den Durschen schaffen, der den Alten verwundet hat, daß man auch einmal hört, was der dagegen zu sagen weiß. Wenn diese Rothhäute einem Weissen mit ihren verwünschten Glaswippen an den Pfeilen zu Leibe rücken, soll er sich auch wohl noch nicht einmal mit seinem Messer verteidigen dürfen?“

„Ja, Sheriff, da hat der Major Recht“, riefen jetzt auch ein paar der hereingeschlenderten Händler — „den Friedensrichter oder Sheriff wollt ich sehen, der mir verwehren könnte, mich meiner eigenen Haut zu wehren, wenn ich angegriffen werde.“

„Dah, schwagt nicht solchen Unsinn“, rief Hale ärgerlich, „Niemand spricht davon. So viel aber ist sicher, wenn uns Resos, der sich stets als ein ordentlicher und rechtlicher Indianer betragen hat, die Person zeigen und angeben kann, die den Frieden seines Lagers gebrochen, so haben wir allerdings Gesetze, die ihm darin sein Recht verschaffen. Das Blut eines der Eingeborenen darf nicht ohne wichtigen Grund vergossen werden.“

„Ordentlicher und rechtlicher Indianer — ja“, brummte da einer der Händler; „anstatt seine Indianer zum Arbeiten anzuhalten, daß sie sich ihr Brod auf nützliche Weise verdienen und nicht hier bettelnd und vogabondierend herumlaufen, jagt er sie fort und davon und schlägt sie wieder in die Berge, wie er es noch vor kaum einer halben Stunde mir selber gemacht. Einer der Rothhäute, den ich in den Wald geschickt, Holz für mich zu holen, kam mit einer Ladung

zurück und mußte sie mitten in der Straße abwerfen, wie er dem Resos da begegnete.“

„Allerdings!“ rief der Häuptling trotzig und in seinem gebrochenen Englisch direkt auf den Vorwurf antwortend — „aber weshalb? Weil Ihr ihnen anstatt Gold oder Brod das giftige Feuerwasser in die Adern gießt. Eure Gesetze verbieten Euch, einem Indianer Branntwein zu geben, und stellen harte Strafen darauf. Aber haltet Ihr die Gesetze? Fürchtet Ihr sie, für die Unterwerfung derselben bestrast zu werden? Nein, wahrlich nicht. Fragt da Euern Alcaliden, ob er das Zeugnis eines Indianers, und war ich es selber, annehmen würde, und von Euch Reichsgeldern verrät Keiner den Andern — habt Ihr doch Alle Euren Nutzen dabei.“

„Der Kerl hat ein wahres Schandmaul“, sagte der Major — „werft ihn hinaus, Sheriff; wir sind fertig mit ihm und wollen sein Hauskonzert hier nicht mehr länger mit anhören.“

Der Sheriff antwortete nicht auf den Befehl, sondern zündete sich langsam eine Zigarre mit dem auf dem Tische stehenden Feuerzeuge an, als plötzlich draußen ein wilder jubelnder Schrei gehört wurde.

„Hallo, was ist das?“ sagte der Richter erstaunt.

„Das kann ich Euch sagen“, rief Resos, mit leuchtendem Blick dem Eingange des Zeltes zuspringend — „Melangaju hat den Weissen, der uns überfallen, unter den Füßen entdeckt; den Namen mögt Ihr ihm jetzt selber geben“ — und mit den Worten rief er die 3 Kleinwaid bei Seite, sprang hinaus in's Freie.

„Der Kerl hat den Teufel im Leibe“, sagte der Major, ohne sich jedoch von der Stelle zu rühren, während der Sheriff bagegen mit den Uebrigen rasch dem Indianer folgte.

Draußen auf dem Hügel hatten indessen die beiden jungen Mädchen regungslos neben den Pferden ihren Platz behauptet, nur mit den Blicken die verschiedenen Gestalten der Fremden

scharf fixierend, bis in ihren Bereich kamen. Die beiden indianischen Jungen plauderten dabei mitkommen und zeigten sich hier und da eine, für sie mehr oder weniger auffallende Persönlichkeit, über die sie dann lachten. Kam Der aber, über den sie noch eben ihren Spatz gehabt, in ihre Nähe, oder gar an ihnen vorbei, so waren sie beide plötzlich ganz still und ernst und schauten schweigend vor sich nieder — bis er vorbei war — dann ließen sie ihrer tollten Laune wieder freien Lauf. Das verhielt sich sie jetzt nicht, mit ihren Aderaugen scharf umherzuspähen, und nichts entging ihnen, das sich in ihrem Gesichtsbilde bewegte. Besonders scharf beobachteten sie die aus der Flut heimkehrenden Arbeiter, bis ein einzelner, unten auf der Straße vorübergehender Mann ihre Aufmerksamkeit vorzüglich weckte. Sein Gesicht konnten sie freilich nicht erkennen, denn er hielt es von ihnen abgewandt; nach ein paar rasch mit einander gewechselten Worten nahm aber der eine von ihnen die Bügel sämtlicher Tiere in die Hand, während der andere wie eine Schlange den Hügel hinunterglitt und dem Fremden folgte. Doch noch ehe er ihn überholte, hatte er sich schon Gewißheit verschafft; der lange Dursche nämlich hörte die leichten Schritte dicht hinter sich, und drehte danach, oder vielmehr auch nur zufällig, den Kopf. Raum aber hatte die junge Rothhäute nur einen flüchtigen Blick auf sein Gesicht geworfen, als sie, wie von einem Schläge getroffen, in die Kniee knickte.

Der Lange zog die Drauen finster zusammen und verfolgte, ohne weiter auf den Durschen zu achten, seinen Weg. Des Knaben ausgestreckter Arm deutete aber hinter ihm her, und wunderbar war die Wirkung, die dieses Zeichen auf die oben am Hügel haltenden Mädchen ausübte.

Melangaju, „die Wespe“, wie sie der junge Häuptling genannt, zuckte empor, und ihr langes rotes Kleid zusammenraffend, war sie mit einem Sprunge bei ihrem Pferde. Raum hatte der kleine Dursche Zeit, den Bügel loszulassen, so rief sie denselben schon über den Nacken des Tieres, griff

Arbeiter belagerten, was dieser ablehnte. Die Arbeiter ließen durch Schlichter dem Unternehmer mitteilen, daß sie mit den nichtorganisierten Arbeiter nicht zusammen arbeiten wollen und daß sie die Arbeit niederlegen werden, wenn dieser nicht entlassen werde. Albrecht wurde entlassen, aber gleichzeitig wurde gegen Schlichter Anzeige wegen eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung gestellt. In der am Sonnabend am Schöffengericht München II durchgeführten Verhandlung beantragte der Anwalt gegen den Baudirektor in Rücksicht darauf, daß die Handlungswaise des Angeklagten eine in Erfüllung streife, das Maximum von drei Monaten Gefängnis (!!). Das Schöffengericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Als Strafmildernd wurde hervorgehoben, daß sich der Angeklagte durch seine Handlungswaise keinen finanziellen Vorteil verschaffen, sondern den Verband durch Werbung neuer Mitglieder nach außen stärken wollte.

### Aus Stadt und Land.

Ein konservativer Abgeordneter auf der Flucht in die Öffentlichkeit erscheint in der agrarischen „Vereinigung“ mit folgendem Inhalt:

Die am Montag, den 18. September für die Abenden Truppen gestellten landlichen Gespanne sind von der Militärbehörde gezwungen worden, bis zum 19. zu bleiben und über Nacht draußen zu karnieren. Wer sich hierüber gleich mit Beschwerde klagt und Abänderung der bestehenden Bestimmungen anstrebt, wird um Mitteilung seiner Adresse gebeten.

ge. von Arnim, Büsedom, R. v. Asg. Hauses.

Was sagt der Herr Abgeordnete konservativer Richtung dazu, daß sogar die Söhne des Industrie-Proletariats im Soldatenkleid in Massen gleich den landlichen Gespannen draußen über Nacht alljährlich kampieren müssen?

**Des Enfmordes angeklagt.** Am Montag begann vor dem Schwurgericht in Hannover der Prozeß gegen den Schuhmacher Paul und den Postkassierer Wüther wegen Ermordung der sechsjährigen Elise Cassel und der achtjährigen Erna Schaare am 18. August 1901 gegen Abend, verschwand plötzlich die damals sechsjährige Tochter Elise der Ruffschers Cassel'schen Eheleute von der Winderstraße. Alle Untersuchungen und Nachforschungen blieben resultatlos. Daß der Schuhmacher Paul, in dessen Hause, Winderstraße 1, die Familie Cassel wohnte, der Täter sein könnte, dachte niemand. Das Verschwinden war um so rätselhafter, als es sich bei der Winderstraße um eine von kleinen Leuten bewohnte Straße handelt, wo die Anwohner und deren Kinder um diese Jahres- und Tageszeit ständig vor der Haustüre und auf der Straße herumhängen. Und ebenso bedauerlich ist, daß man die Nachforschungen nach dem Rinde nicht auf den örtlich am nächsten liegenden Punkt richtete, zumal, wie später Allgemein auffiel, Paul damals ein intensives Interesse an dem Ergebnis nahm und auch behauptete, gesehen zu haben, wie die kleine Elise an der Seite eines Zigeuners die Straße entlang gegangen sei; dieser habe sie jedenfalls entführt. Auf Zigeuner und ähnliche Nomaden richtete denn auch die Polizei ihr Hauptaugenmerk. Alle Augenblicke, noch bis in den Anfang dieses Jahres hinein, wurden überall in Deutschland Zigeuner angehalten, bei denen man die verschundene Elise Cassel erbeuten zu haben glaubte. Es stellte sich aber stets heraus, daß es ein Versehen war. Insbesondere war es ein sensationelles Ereignis, als 1 1/2 Jahre später, im Anfange des Jahres 1903, in der Nähe von Celle die Kesselflickerfamilie Wisslorer angehalten wurde, bei der man die Elise Cassel nun tatsächlich gefunden zu haben glaubte. Die Gefundene wurde trotz des Protestes der Wisslors diesen abgenommen und im Triumph der Familie Cassel angeführt, wo sie es sich in der Rolle der wiedergefundenen Tochter wohl sein ließ. Die gerichtliche resp. ärztliche Untersuchung ergab indessen, daß die Gefundene auf keinen Fall identisch sei mit der verschundenen Elise Cassel. Wieder vergingen 1 1/2 Jahr. Da, am 9. April 1905, mittags, verschwand in derselben Straße die achtjährige Tochter Erna der Tischler Schaare'schen Eheleute, die im Hause Winderstraße 2 wohnten, unter gleichen Umständen. Diesmal war die Polizei glücklicher, resp. die Täter angeklagt oder sorgloser. Als am nächsten Tage ihm mit der Hand in die zottige Mähne, schlang sich auf seinen Rücken und zog im nächsten Augenblick schon in wilder Hast den Hügel abwärts. — Kaum eine Minute später hatte sie der breiten Weg, wo ihr die Beiden kaum rasch genug laufend und fluchend Raum geben konnten, und mit den nächsten Sprüngen auch schon den Fremden erreicht, den sie auch nicht für einen Moment aus den Augen verloren.

Dieser drehte sich, als er die den harten Boden schlagenden Hufe so dicht hinter sich hörte, rasch danach, um aus dem Weg zu springen. Ja dem Augenblicke hatte Neugierde aber auch schon ihren Posten herumgeworfen, und ihm die Hacken in die Flanken pressend, hob sie ihn zum Sprung, flog über den Weg hinweg, dicht vor den darüber hoch erschreckten, und stieß dabei jenen triumphierenden Schrei aus, der, wie sie sich gut wußte, der Hühner in wägenen Stunden an ihre Seite bringen würde.

„Hast Du ihn, Mädchen?“ rief dieser ihr auch schon von Weitem zu, wie er nur, aus dem Sitze springend, die Szene überhäuerte.

„Das ist er!“ — jauchte aber die Dirne dem Fabianer entgegen — „sieh nur, wie bleich er geworden ist. Das sind die Zeichen meiner Nadel, die ich ihm in Stirn und Wangen gegeben.“

„So nahe ist er Dir gewesen?“ zögerte der Indianer zwischen den Zähnen durch, während er einen Blick tödlichen Hasses auf den Amerikaner warf. — „Seht da, Sheriff“, wandte er sich sodann an diesen, der sich dicht an seiner Seite gehalten hatte — „ist das Einer Eurer Landsleute oder nicht? — Ich hätte, sein Vaterland hätte ihm deutlich genug an der Stirn geschrieben.“

„Wäre eine verdammte schlechte Empfehlung für das Vaterland“, brummte der Sheriff in den Bart. Es blieb ihm übrigens keine Zeit zu langen Betrachtungen, denn dort also Gestalt hatte sich von seiner ersten Ueberraschung erholt und rief jetzt ziemlich hart, was das zu bedeuten habe. Zugleich zog er einen Revolver aus seiner Tasche und sah den Sheriff wie den Indianer trotzig an.

das Kind, das angeblich in das Nachbarhaus Nr. 1 des Schuhmachers Paul gegangen war, um dort mit andern Kindern zu spielen, sich nicht wieder eingefunden hatte, ging die Polizei direkt mit Nachforschungen in diesem Hause vor. In demselben hatten zwei Schulknaben auf der Diebstahlbahn in unmittelbarer Nähe der Winderstraße einen Pappkarton mit Leichenteilen gefunden. Als die Polizei in Pauls Haus trat, kamen dieser und der bei ihm wohnende Postkassierer Wüther ihr entgegen, um das Haus zu verlassen. Sie wurden angehalten und in ihrer Gegenwart eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei fand man im Kleiderschrank des Paul den Kumpf der kleinen Elise und in dem Keller des Wüther den Rest der Körperstelle. Trotz dieses Fundes bestritt Paul jede Wissenschaft von der Tat. Wüther dagegen gestand, die Erna Schaare, nachdem er sich unfähig an ihr vergangen hatte, ermordet zu haben. Von dem Verschwinden der Elise Cassel will er nichts wissen. Ausgrabungen, die einige Tage später im Keller vorgenommen wurden, förderten dort das Skelett der Elise Cassel zu Tage. Unter dem Druck dieser Tatsachen bejahte sich Wüther zu einem weiteren Geständnis. Danach sei er an dem Tode der Elise Cassel nicht schuldig, er sei nur darauf gekommen, wie Paul die Leiche der Elise Cassel vergraben habe. Dieser habe ihn veranlaßt, zu schweigen, und ihn in der Folgezeit stets zur Begehung gleicher Verbrechen zu verleiten versucht, offenbar, um dadurch seiner Verjährigkeit um so sicherer zu sein. Paul habe ihm auch die Erna Schaare zugesührt und später ihm bei der Beerdigung der Leiche geholfen, die sie dann beide gemeinsam vergraben wollten. Nach gegenüber der Auffindung der Leiche der Elise Cassel verzollte Paul bei der Behauptung, von der ganzen Geschichte nichts zu wissen. Daß er indessen zu Stillschließungsverbrechen vorliegenden Art neigt, beweist der Umstand, daß er im Laufe des Sommers wegen mehrerer solcher Verbrechen verurteilt worden ist. Die Feststellung der Personalien ergibt, daß der Angeklagte Postkassierer Claus Wüther 32 Jahre und der Schuhmacher August Paul 52 Jahre alt ist und beide wegen Stillschließungsverbrechen verurteilt sind. Im einzelnen zur daß gelegt wird beiden gemeinschaftlich das Stillschließungsverbrechen und der Mord an der sechsjährigen Elise Cassel am 18. August 1901, ferner dem Wüther allein das Stillschließungsverbrechen an der achtjährigen Erna Schaare und beiden zusammen wieder deren Ermordung am 9. April 1905. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Erste Staatsanwalt Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Stillschließung, da zahlreiche Stillschließungsverbrechen in die Verhandlung hineinspielen. Der Verteidiger des Wüther, Rechtsanwalt Dr. Ebelwein, beantragt, den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht für die ganze Dauer der Verhandlung, sondern lediglich bei Erörterung der Stillschließungsverbrechen zu beschließen, der Presse aber die Anwesenheit zu gestatten, da die Verhandlung ein ganz anderes Bild ergeben werde, als im Falle bisher verbreitet sei, und sein Klient resp. dessen Familie ein Interesse an der Korrektur des allgemeinen Urteils habe. Das Gericht beschloß aber ohne lange Beratung den Gesamtausschluß auch für die Presse. Dieser Beschluß ist lediglich auf den Einfluß des Ersten Staatsanwalts zurückzuführen, der seit einer heftigen Exaltation gegen die Presse bekundet. Die hannoversche Presse hat niemals durch sensationelle Ungehörigkeiten derart gestört, um einen solchen Ausschluß gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Am hannoverschen Gericht steht dieser Beschluß bisher als erstmalig einzig da.

**Graf Bückler vor Gericht.** Die Strafkammer in Berlin verurteilte den Grafen Bückler-Klein-Schirne wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung, bezogen durch die von Bückler am 13. Dezember in Bernau gehaltene Rede, zu 600 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte mit Rücksicht auf die Verbrechen des Angeklagten wegen desselben Vergehens drei Monate Gefängnis beantragt. Bückler, der wiederholt ohne jede Einsicht zum Tode nicht erschienen war, wurde durch den uniformierten Gendarmen-Oberwachmeister aus Klein-Schirne vorgeführt.

**Verurteilte Duellfuge.** Das Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin verurteilte den Ingenieur

Franz von Kobylinski aus Bosen, der am 4. April den Fabrikanten Walter Zipplitt aus Kofrod im Duell tödlich verwundete, so daß dieser rasch, wegen Zwillinges mit tödlichem Ausgange zu 4 Jahren Festung, wovon 5 Monate durch die Unterjüngerschaft als verbüßt erklärt wurden. Von den Mitangeklagten: Polizeiarzt Götz, Kandidat der Tierarzneigewissenschaften Böhler, Polizeiarzt Böppel, Regierungsbaumeister Petersen, Student Benarich und Ingenieur Friedrich Hagen, die beschuldigt werden, als Mitglieder des Zentrums Kobylinski Beihilfe geleistet zu haben, wurden den Bogen und Kridenbogen freigesprochen, die übrigen zu je 9 Monaten Festung verurteilt.

**Ein Nachspiel zum Gelsenkirchener Wasserwerksprozeß.** Aus Eisen wird gemeldet: Nachdem die Ansprüche einer Anzahl Tuppuzgeschädigter von dem Gelsenkirchener Wasserwerk zurückgewiesen wurden, strengten diese auf Veranlassung des Ausschusses eine Entschädigungsklage an. Das Klagenobjekt beträgt 150 000 Mark. Dadurch wird der ganze Wasserwerksprozeß wieder aufgerollt.

**Wegen „Blauwachsens“ mit 16 Tagen Haft bestraft.** In Bayern ist noch ein altes Polizeistrafgesetzbuch und vom Märzzeit in Geltung. Danach kann das Gefinde wegen sogenanntem „Blauwachsens“ an Montagen mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft werden. Den bayrischen Hiltnerbauern, die das ganze Jahr über Diensthordenmangel lamentieren, bietet dieses Polizeistrafgesetzbuch eine beliebige Handhabe gegen mißliebige und unmögliche Diensthorden; daher wollen sie von der Abschaffung dieses Bestrafungsmittels aus mittelalterlicher Zeit nichts wissen. In dieser Sorte zählt auch der Gutbesitzer Maximilian Bauer in Erding, Amtsgericht Dorfen. Er hatte einen Knecht, der 5 Jahre ununterbrochen bei ihm im Dienst war; er war mit ihm bis in die letzte Zeit zufrieden. Als aber der Knecht mitten in der Huernte 2 Tage hinterinander „Blau“ machte und dazu noch einen anderen Knecht verleitete, da ging das patriarchalische Verhältnis in Brüche. Der Gutbesitzer zeigte die beiden Knechte wegen „Blauwachsens“ an und das Amtsgericht Dorfen verurteilte die beiden Knechte zu je insgesamt 16 Tagen Haft wegen „Blauwachsens“. Während der eine Knecht sich bei diesem Urteil beruhigte, legte der andere Berufung beim Landgericht München II ein, mit dem Erfolge, daß die Strafe auf acht Tage Haft reduziert wurde. — In Bayern gibt es noch eine Unmasse Gefinde, das jährlich jahraus „Blau“ macht, ohne daß es jemals mit diesem Polizeistrafgesetzbuch in Konflikt gekommen wäre. Gelegentlich der Beratung der Einführungsgelei: zum Bürgerlichen Gesetzbuch haben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Ausmerzung dieser nicht mehr zeitgemäßen ungeheuerlichen Strafbestimmungen beantragt; allein sie predigten tauben Ohren!

**Eine folgenschwere Lauscherlei.** Vor dem Abgeordnetenwahltag zum bayerischen Landtag fand in Würzburg eine geschlossene Besprechung der sozialdemokratischen und liberalen Wahlmänner statt. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Parteimann entpöpt, wie er an der Tür des Lokals horchte. Die Genossen Eberhard und Rupp nahmen ihn bei der Hand und führten ihn in den Saal, um ihn der Versammlung vorzustellen. Sie hatten sich deshalb jetzt wegen Mötigung und „Körperverletzung“ vor Gericht zu verantworten. Der Lauscher behauptet, daß er einmal nur 5 Minuten, das andere Mal 10 Minuten gehorcht habe. Da diese Aussage mit der eines anderen Zeugen in direktem Widerspruch steht, mußte die Verhandlung ausgesetzt werden. Diese Lauschergeheimnisse werden nunmehr zu einem Meineldeprozeß führen.

**Haberfeldtreiber.** Nach einer Meldung aus München fand in Frauenneuharth in der Nacht zum Dienstag ein regelrechtes Haberfeldtreiben statt, an dem sich 60 versammelte Personen beteiligten. Das Treiben galt dem dortigen Ortsgewissen.

**Eisenbahnunglück.** Der von Ostende abgegangene Expresszug ist bei der Grenzhaltung Mouscron auf belgischer Seite entgleist. Es heißt, daß zwei Reisende getötet und 17 verwundet wurden.

Der Sheriff war übrigens nicht der Mann, sich von einer gezeigten Waffe einschüchtern zu lassen; im Gegenteil stimmte das noch eher seine Meinung zu Gunsten des Indianers, dessen gerechte Klage er wenigstens keinen Augenblick bezweifelte.

„Bitte, steckt Eure Pistole wieder ein,“ sagte er deshalb ruhig. — „Ihr habt keinen Anfall zu befürchten, denn ich bin der Sheriff dieses Townships.“

„Und was habe ich mit dem Sheriff zu tun?“ sagte der Lange, indem er jedoch der Aufforderung Folge leistete und den Revolver in eine außen angebrachte Seitentasche seines Rockes zurückschob.

„Das werdet Ihr gleich hören — wie ist Euer Name?“

„Smith.“

„Sehr wohl, Mr. Smith. Galtet Ihr Euch hier im Paradiese auf?“

„Wie Ihr seht, ja.“

„Wo schlast Ihr?“

„Ja, Dakota's Belt.“

„Gut. Der Indianer hier hat eine Klage gegen Euch eingebracht, in sein Lager gekrochen zu sein und einen alten Mann seines Stammes mit dem Messer verwundet zu haben.“

„Der Bursche träumt,“ sagte da der Lange finster — „selt ich in Kalifornien bin, habe ich kein Lager dieser braunen Schufte betreten.“

„Das läßt Du, Weißer!“ rief ihm da trotzig der Häuptling entgegen, und wieder zückte die Hand des Amerikaners nach der Waffe; rasch aber trat der Sheriff zwischen die Beiden und sagte ernst:

„Auf offener Straße kann die Sache nicht abgemacht werden. Ihr werdet Euch morgen im Bette des Majors Rhyoth einstellen.“

„Auf das Zeugnis eines Indianers?“ lachte höhnisch Mr. Smith — „selt wann gelten in den Vereinigten Staaten diese Gesetze?“

„Ihr werdet Euch nicht weigern, Euch einer Jury zu stellen,“ sagte der Sheriff finster.

„Gewiß nicht,“ lachte der Amerikaner, „aber natürlich nur einer Jury von weißen Männern — falls Ihr etwas andere Absicht hättet.“

„Es ist gut,“ erwiderte der Sheriff, ohne auf die höhnliche Bemerkung weiter ein Wort zu erwidern. „Es wird meine Sorge sein, daß Ihr morgen um die bestimmte Zeit noch hier an Ort und Stelle seid.“

„Ich werde mich Eurer edlen Gerichtsbarkeit nicht entziehen,“ lachte Smith und schritt langsam durch die schon angesammelte und ihm Raum gebende Menge die Straße hinab.

„Und lassen sie den Mörder fort?“ rief erstaunt da junge Mädchen den Häuptling an.

Der Indianer ließ seine Zähne fest aufeinander umwandeln, dem Hügel zugucken, auf dem seine Pferd hielten.

„Kommt morgen zur rechten Zeit in die Stadt, Besos, rief ihn da der Sheriff an — „und ist es irgend möglich, so bringt den Verwundeten mit.“

„Und glaubt Ihr, daß Euer Stod von Richter mit auch nur hören wird?“ sagte der Indianer finster.

„Er kann es nicht verweigern,“ erwiderte der Sheriff.

„Welchen Erfolg versprecht ihr Euch selbst nicht, wenn gleich Ihr jenem Indianer gegenüber das Recht auf Euer Seite habt. Hättet Ihr nur einen einzigen Weißen an Euren Augen. Kommt aber nur; wir liegt selber darauf, daß einer gewissen, rauschigen, vor nichts zurückstehenden Menschenklasse wenigstens bewiesen werde, daß das Gesetz die Indianer unter keinen Schutz stellt. Ihr habt das weniger zu fürchten, von ihnen bestraft zu werden.“

„Ich werde kommen!“ sagte der Häuptling und schritt langsam mit dem neben ihm reitenden Mädchen zu dem nahen Hügel zurück. Wenige Minuten später sprengte die kleine Truppe wieder in voller Flucht, diesmal die Stämme selber unrettend und außen an den Zelten hin, den Bogen zu.

(Fortsetzung folgt.)